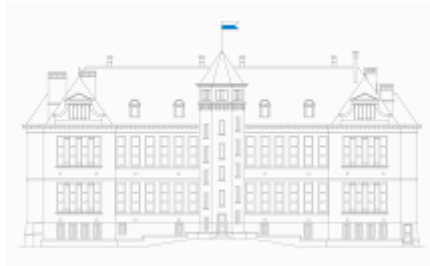


EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel**



Inhaltsverzeichnis

Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament.....	6
Arbeitsprogramm der Kommission für 2014	6
Europäischer Rat am 24./25.10.2013 in Brüssel.....	6
EP-Plenum 21.-24.10.2013 in Straßburg: Wesentliche Ergebnisse	7
Verhandlungen mit Türkei über Regionalpolitik beginnen am 05.11.2013.....	7
Rat sieht Mehrwert makroregionaler Strategien, <i>Hahn</i> lobt Donaustrategie.....	8
Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr	8
Europäischer Rat am 24./25.10.2013: Innenpolitik	8
EP-Plenum vom 21.-24.10.2013 in Straßburg: Innenpolitik	8
Arbeitsprogramm der Kommission für 2014: Wichtige Vorhaben für den Geschäftsbereich des StMIBV..	9
Datenschutz.....	9
LIBE-Ausschuss nimmt Berichte zur EU-Datenschutzreform an	9
Innere Sicherheit.....	9
Kommission möchte Bedrohungen durch illegale Verwendung von Schusswaffen eindämmen.....	9
Verkehr	10
Kommission konsultiert zum Schutze europäischer Fluggesellschaften gegen Subventionen und Dumping bei Konkurrenten aus Drittstaaten	10
Staatsministerium der Justiz.....	10
Arbeitsprogramm der Kommission für 2014 – wichtige Vorhaben für den Geschäftsbereich des StMJ ..	10
EP-Plenum vom 21.-24.10.2013 in Straßburg: Ergebnisse aus dem Bereich des StMJ	10
LIBE-Ausschuss nimmt Berichte zur EU-Datenschutzreform an	11
Kommission legt 30. Jahresbericht über die Kontrolle der Anwendung des EU-Rechts vor	11
EuGH: Zahl der Generalanwälte auf neun erhöht	11
Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat	12
Arbeitsprogramm der Kommission für 2014 – wichtige Vorhaben für den Geschäftsbereich des StMFLH	12
Wesentliche Ergebnisse der Sitzung des Europäischen Rates vom 24./25.10.2013	12
Untersuchungen im EP zur Arbeit der Troika	13
EZB gibt Details zur sog. „Asset Quality Review“ bekannt	13
Kommissionsvorschlag zur Einführung einer Standard-Mehrwertsteuererklärung	14
Kommission setzt hochrangige Expertengruppe zum Thema „Besteuerung der digitalen Wirtschaft“ ein	14
Vermittlungsverfahren zum EU-Haushalt 2014	15



EP billigt Berichtigungshaushalt Nr. 6 - Erhöhung der auf der Grundlage des BNE berechneten nationalen Beiträge	15
Rat billigt weitere Berichtigungshaushalte (Nr. 8 und 9) zum EU-Haushalt 2013	15
Trilogeinigung zur künftigen Kohäsionspolitik – auf Botschafterebene vom Rat gebilligt	16
Entschließung des EP zum Europäischen Semester	16
Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie	17
Ergebnisse des Europäischen Rates am 24./25.10.2013 – Geschäftsbereich des StMWMET	17
Arbeitsprogramm der Kommission für 2014 – wichtige Vorhaben für den Geschäftsbereich des StMWMET	17
Wirtschaft mit Binnenmarkt und Industrie	18
Trilogeinigung zur künftigen Kohäsionspolitik – auf Botschafterebene vom Rat gebilligt	18
EP sieht bisherige Koordinierung der Wirtschafts- und Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten als unzureichend an	18
EZB gibt Details zur sog. „Asset Quality Review“ bekannt	19
EuGH weist Klage der Kommission gegen Deutschland in Sachen VW-Gesetz ab	19
Kommission konsultiert zum Schutze europäischer Fluggesellschaften gegen Subventionen und Dumping bei Konkurrenten aus Drittstaaten	19
AuSSenwirtschaft	20
EP legt Standpunkt zur Verordnung über die Ausübung der Rechte der Union in Bezug auf die Anwendung und Durchsetzung internationaler Handelsregeln fest	20
Medien	20
Kommission setzt hochrangige Expertengruppe zum Thema „Besteuerung der digitalen Wirtschaft“ ein	20
Europäische Regulierungsbehörden kritisieren Kroes' „Telekom-Paket“	21
Barroso und Van Rompuy fordern von EP und Rat Zustimmung zum Telekom-Paket und mehr Einsatz für einen digitalen Binnenmarkt	21
Weltweiter Anstieg der Zahl an Multiplex-Kinos	21
Energie	22
Trilogeinigung zur Verordnung über die Mitteilung von Investitionen in Energieinfrastruktur	22
Studie zu „loop flows“ im europäischen Stromnetz veröffentlicht	22
Technologie und Innovation	23
EP legt Standpunkt zu Verordnungen über Medizinprodukte und In-Vitro-Diagnostika fest	23
Ergebnisse der Konsultation zum offenen Zugang zu Forschungsdaten vorgestellt	23
Sonstiges	24
Rat nimmt Schlussfolgerungen zu Makroregionalen Strategien an	24
Eurostat veröffentlicht Zwischenbilanz zur Strategie Europa 2020	24
Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	24
Arbeitsprogramm der Kommission für 2014 – wichtige Vorhaben für den Geschäftsbereich des StMELF	24



Kommission startet Konsultation zur Gruppenfreistellungsverordnung für staatliche Beihilfen im Landwirtschafts- und Forstsektor sowie für ländliche Gebiete	25
Kommission veröffentlicht externe Evaluierung zur Effektivität der Massnahmen im Imkereisektor	25
Kommission startet Informationskampagne zur Bedeutung der Landwirtschaft im täglichen Leben	26
Eurostat veröffentlicht Ergebnisse einer Stichprobenerhebung zu Bodennutzung/Bodenbedeckung 2012	26
Kommission veröffentlicht agrarökonomische Information der EU	27
Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration	27
Arbeitsprogramm der Kommission für 2014 – wichtige Vorhaben für den Geschäftsbereich des StMAS	27
Schlussfolgerungen des Europäischen Rates zu Jugendarbeitslosigkeit und sozialer Dimension	27
EP-Plenum vom 21.-24.10.2013 in Straßburg: Ergebnisse aus dem Geschäftsbereich des StMAS	28
Soziale Dimension der WWU als Thema des Dreigliedrigen Sozialgipfels	28
Trilogeinigung über Saisonarbeitnehmerrichtlinie	28
Trilogeinigung zur künftigen Kohäsionspolitik – auf Botschafterebene vom Rat gebilligt	29
Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst	29
Arbeitsprogramm der Kommission für 2014 – wichtige Vorhaben aus dem Geschäftsbereich des StMBKWK	29
Europäischer Rat am 24./25.10.2013: Ergebnisse aus dem Geschäftsbereich des StMBKWK	30
Kommission weist anlässlich der Veröffentlichung des Anzeigers für die allgemeine und berufliche Bildung 2013 auf Defizite in den Bildungssystemen der Mitgliedstaaten hin	30
Ergebnisse der Konsultation zum offenen Zugang zu Forschungsdaten	31
EP unterstützt Kommissionsinitiative „Neue Denkansätze für die Bildung“	31
Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz	32
Arbeitsprogramm der Kommission für 2014 – wichtige Vorhaben für den Geschäftsbereich des StMUV	32
Trinkwasserschutz - Rat bestimmt am 22.10.2013 in Straßburg neue Parameterwerte und Überwachungsprogramme für radioaktive Stoffe	32
EP-Plenum vom 21. - 24.10.2013 in Straßburg - Ergebnisse aus dem Bereich des StMUV	33
Eurostat veröffentlicht Ergebnisse einer Stichprobenerhebung zu Bodennutzung/Bodenbedeckung 2012	33
Kommission veröffentlicht externe Evaluierung zur Effektivität der Massnahmen im Imkereisektor	33
Staatsministerium für Gesundheit und Pflege	34
Arbeitsprogramm der Kommission für 2014 - wichtige Vorhaben für den Geschäftsbereich des StMGP	34
Trinkwasserschutz - Ratstagung am 22.10.2013 in Straßburg bestimmt neue Parameterwerte und Überwachungsprogramme für radioaktive Stoffe	34
EP-Plenum	35
EP-Plenum vom 21. - 24.10.2013 in Straßburg - Ergebnisse aus dem Bereich des StMGP	35
IuK- und Medienpolitik	35



Arbeitsprogramm der Kommission für 2014 – wichtige Vorhaben für den Bereich IuK- und Medienpolitik	35
Europäischer Rat beschliesst Schlussfolgerungen zur digitalen Agenda	36
Europäische Regulierungsbehörden kritisieren Kroes' „Telekom-Paket“	36
Kommission setzt hochrangige Expertengruppe zur Besteuerung der digitalen Wirtschaft ein.....	36
LIBE-Ausschuss nimmt Berichte zur EU-Datenschutzreform an	37
Weltweiter Anstieg von Multiplex-Kinos.....	37
<i>Barroso</i> und <i>Van Rompuy</i> fordern von EP und Rat Zustimmung zum Telekom-Paket und mehr Einsatz für einen digitalen Binnenmarkt	37



POLITISCHE SCHWERPUNKTE UND EUROPÄISCHES PARLAMENT

ARBEITSPROGRAMM DER KOMMISSION FÜR 2014

Die Kommission hat am 22.10.2013 ihr Arbeitsprogramm für 2014 vorgestellt. Es unterscheidet sich von den Programmen früherer Jahre, weil die Gesetzgebungsarbeit wegen der Europawahl Anfang April 2014 endet und die Kommission nur noch Schwerpunkte für die nächsten Monate beschreibt. Im Mittelpunkt steht daher nicht die Ankündigung neuer Initiativen, sondern die Annahme bereits vorgeschlagener und die Umsetzung verabschiedeter Rechtsakte. Die Kommission sieht nach fünf Jahren Krise erste Zeichen einer Erholung. Dennoch bestehe kein Anlass für Selbstzufriedenheit. Die begonnenen Reformen müssten fortgesetzt werden. Gewaltige Anstrengungen hält die Kommission weiterhin gegen die hohe (Jugend)-Arbeitslosigkeit und für den Zugang kleiner Unternehmen zu Finanzmitteln für nötig. Die Ambitionen im Binnenmarkt würden verfehlt, v.a. bei digitaler Wirtschaft und Energie. Wichtigste Herausforderung für 2014 sei die Annahme der Vorschläge zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung, zur Bankenunion und zum Binnenmarkt. Die Beschlüsse müssten rasch umgesetzt werden, vor allem der (noch anzunehmende) Mehrjährige Finanzrahmen (MFR) 2014-2020 und die Mehrjahresprogramme. Besonders betont die Kommission ihr am 02.10.2013 vorgestelltes REFIT-Programm, mit dem sie das EU-Recht stringenter machen und Bürokratie sowie Verwaltungslasten abbauen will. Die für die Ressorts wichtigen Vorhaben des Arbeitsprogramms sind in allen Geschäftsbereichen dieses Europaberichts dargestellt.

Das Arbeitsprogramm, die Anhänge und eine Pressemitteilung der Kommission finden sich unter:

http://ec.europa.eu/atwork/key-documents/index_de.htm

EUROPÄISCHER RAT AM 24./25.10.2013 IN BRÜSSEL

Das Treffen der Staats- und Regierungschefs, das vor allem den Themen digitale Wirtschaft, Innovation und Dienstleistungen gewidmet war und daneben Debatten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie zur Vertiefung der wirtschaftspolitischen Koordinierung in der Wirtschafts- und Währungsunion umfassen sollte, wurde von der Debatte über Abhöraktivitäten der USA einschließlich der mutmaßlichen Überwachung des Mobiltelefons von Bundeskanzlerin *Angela Merkel* überschattet. Ebenfalls kurzfristig auf die Tagesordnung genommen wurde eine Aussprache über Migrationsströme vor dem Hintergrund des Todes von mehreren hundert Flüchtlingen vor Lampedusa. Außerdem beschäftigte sich der ER mit dem 28./29.11.2013 geplanten Gipfeltreffen zur Östlichen Partnerschaft in Vilnius. Zu den einzelnen Themen s. die Beiträge in zahlreichen Geschäftsbereichen dieses Europaberichts.

Schlussfolgerungen des Europäischen Rats:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/de/ec/139223.pdf

Pressestatement von Präsident *Van Rompuy* nach dem ER:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/ec/139195.pdf



Pressestatement von Präsident *Barroso* nach dem ER:

http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-13-858_en.htm

Rede von Präsident *Schulz* zu Beginn des ER:

http://www.europarl.europa.eu/the-president/de/press/press_release_speeches/speeches/sp-2013/sp-2013-october/html/speech-to-the-european-council-24-october-by-the-president-of-the-european-parliament-martin-schulz

EP-PLENUM 21.-24.10.2013 IN STRASSBURG: WESENTLICHE ERGEBNISSE

Das zweite Oktoberplenium des EP war vom Streit zwischen EP und Rat über verschiedene Berichtigungshaushalte für 2013 und den EU-Haushalt für 2014 geprägt. Dem Berichtigungshaushalt 6 stimmte das EP am 24.10.2013 abschließend zu (s. auch die Beträge des StMFLH zu den verschiedenen Aspekten des Haushaltsstreits in EB 17/13 und in diesem EB). Die Schwerpunktdebatte am 23.10.2013 war der Vorbereitung des ER vom 24./25.10.2013 gewidmet. Auch dabei spielte der Haushaltsstreit eine erhebliche Rolle, ebenso verschiedene Aspekte der Asyl- und Einwanderungspolitik nach der Tragödie von Lampedusa. Die wichtigste Entscheidung zu Rechtsakten war die Stellungnahme des EP in erster Lesung zur Verschärfung der Medizinprodukteverordnung. Zudem beschloss das Plenum u.a. eine Entschließung über das Europäische Semester zur wirtschaftspolitischen Koordinierung, eine Aufforderung an die Kommission, das SWIFT-Abkommen mit den USA auszusetzen und eine Entschließung zu Flüchtlingsströmen im Mittelmeerraum (s. dazu Beträge der zuständigen Geschäftsbereiche in diesem EB). Außerdem nahm das EP ausführlich zum Jahresbericht 2012 über die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und zur Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) Stellung. Nicht zur Abstimmung gestellt wurde dagegen eine Entschließung über sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte. Eine Mehrheit aus Abgeordneten der EVP und der EKR verwies den Bericht, der umstrittene Aussagen zu gesellschaftspolitischen Fragen wie dem Schwangerschaftsabbruch enthielt, zurück in den federführenden Ausschuss für die Rechte der Frau und Gleichstellung der Geschlechter (FEMM). Am 22.10.2013 war die Oppositionspolitikerin aus Myanmar, *Aung San Suu Kyi*, zu Gast im EP, um den ihr bereits 1990 verliehenen Sacharow-Preis für geistige Freiheit entgegenzunehmen.

Die Beschlüsse der Plenarwoche finden sich unter:

<http://www.europarl.europa.eu/plenary/de/texts-adopted.html>

VERHANDLUNGEN MIT TÜRKEI ÜBER REGIONALPOLITIK BEGINNEN AM 05.11.2013

Der Rat Allgemeine Angelegenheiten hat am 22.10.2013 endgültig beschlossen, in den Beitrittsverhandlungen mit der Türkei das Kapitel zur Regionalpolitik zu eröffnen. Dies soll bei einer Beitrittskonferenz auf Ministerebene am 05.11.2013 in Brüssel geschehen. Damit bestätigte der Rat einstimmig seine Entscheidung vom 25.06.2013 (EB 12/13), als die Kapitelöffnung bereits beschlossen wurde, gleichzeitig aber vereinbart wurde, die Verhandlungen erst zu beginnen, nachdem der Rat darüber nach dem Fortschrittsberichts der Kommission, der am 16.10.2013 vorgelegt wurde (EB 17/13), erneut beraten hat.



RAT SIEHT MEHRWERT MAKROREGIONALER STRATEGIEN, HAHN LOBT DONAUSTRATEGIE

Der Rat Allgemeine Angelegenheiten hat am 22.10.2013 Schlussfolgerungen zum Mehrwert makroregionaler Strategien angenommen. Er betont darin, dass regionale Kooperationsstrategien einen klaren europäischen Mehrwert aufweisen und bestätigt damit einen Evaluierungsbericht der Kommission vom 27.06.2013 (EB 12/13). Die bisher existierenden makroregionalen Strategien (Donaustrategie und Ostseestrategie) haben sich auch nach Ansicht des Rates bewährt, ihre Umsetzung zeige gute Erfolge (s. Beitrag des StMWMET in diesem EB). Beim Zweiten Jahresforum zur Donaustrategie lobte Regionalkommissar *Johannes Hahn* die „immer bessere Zusammenarbeit der Donaustaaten“, vor allem im von Bayern mitkoordinierten Themenbereich Innere Sicherheit.

Schlussfolgerungen des Rats:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/genaff/139110.pdf

Rede von Kommissar *Hahn* beim 2. Donauforum:

http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-13-862_en.htm?locale=en

STAATSMINISTERIUM DES INNERN, FÜR BAU UND VERKEHR

EUROPÄISCHER RAT AM 24./25.10.2013: INNENPOLITIK

Von der Sitzung des Europäischen Rats am 24./25.10.2013 sind die folgenden innenpolitischen Ereignisse hervorzuheben:

- ER dämpft Hoffnung auf schnellen Abschluss der EU-Datenschutzreform
- Keine Änderung der Europäischen Asylpolitik in Sicht
- NSA-Affäre

EP-PLENUM VOM 21.-24.10.2013 IN STRASSBURG: INNENPOLITIK

Von der Plenarsitzung sind die folgenden innenpolitischen Ereignisse hervorzuheben:

- EP-Plenum fordert Aussetzung des SWIFT-Abkommens,
- EP-Plenum verabschiedet Aktionsplan gegen organisiertes Verbrechen, Korruption und Geldwäsche,
- Entschließung des EP zum Zustrom von Migranten im Mittelmeerraum.



ARBEITSPROGRAMM DER KOMMISSION FÜR 2014: WICHTIGE VORHABEN FÜR DEN GESCHÄFTSBEREICH DES STMIBV

Für den Geschäftsbereich des StMIBV enthält das Arbeitsprogramm keine Überraschungen. Die Ausführungen sind weitestgehend sehr allgemein gehalten. Zur Verkehrspolitik weist die Kommission darauf hin, dass ein vollständig integrierter und vernetzter Binnenmarkt, der auch den Bereich Verkehr umfasst, eine erschwingliche, zugängliche, effiziente und sichere Netzinfrastruktur voraussetze. Dies erfordere wiederum die Mobilisierung von privaten und öffentlichen Investitionen, einen klaren Rechtsrahmen, die Förderung von Qualifikationen sowie Investitionen in Innovation, Forschung und Entwicklung. Für die Innere Sicherheit sieht die Kommission die Notwendigkeit einer wirksamen Anwendung der EU-Rechtsvorschriften und verstärkte Zusammenarbeit zwischen den nationalen Behörden im Bereich Sicherheit und Justiz. Im Bereich Migration sind nach Ansicht der Kommission verstärkte Maßnahmen nötig, um den Verlust von Menschenleben auf See zu verhindern. Sie seien erforderlich, um Personen, die um internationalen Schutz nachsuchen, zu unterstützen und um den Schutz der EU-Außengrenzen zu gewährleisten. Ebenso sei es notwendig, den Menschenhandel zu bekämpfen und die Zusammenarbeit mit Drittländern zu verbessern.

DATENSCHUTZ

LIBE-AUSSCHUSS NIMMT BERICHTE ZUR EU-DATENSCHUTZREFORM AN

Der Ausschuss für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres des EP (LIBE) hat am 21.10.2013 den Bericht von Berichterstatter *Jan Philipp Albrecht* (Grüne/DEU) zum Vorschlag der Kommission für eine Datenschutz-Grundverordnung sowie den Bericht von Berichterstatter *Dimitrios Droutsas* (S&D/GRC) zum Vorschlag der Kommission für eine Richtlinie zum Datenschutz im Bereich Polizei und Justiz angenommen. Gleichzeitig wurde den Berichterstattern das Mandat für Trilogverhandlungen erteilt. Der Termin zur Abstimmung war zuvor mehrmals verschoben worden, nachdem über 4.000 Änderungsanträge alleine für die Datenschutz-Grundverordnung gestellt worden waren. Das Ergebnis der Abstimmung wurde von allen Fraktionen des EP sehr begrüßt. Auch Justizkommissarin *Viviane Reding* zeigte sich erfreut.

INNERE SICHERHEIT

KOMMISSION MÖCHTE BEDROHUNGEN DURCH ILLEGALE VERWENDUNG VON SCHUSSWAFFEN EINDÄMMEN

Die Kommission hat in einer (legislativ nicht bindenden) Mitteilung vom 21.10.2013 eine integrierte Strategie mit konkreten Maßnahmen zur Bewältigung der missbräuchlichen Verwendung von Schusswaffen vorgeschlagen, um den Binnenmarkt für Schusswaffen zum Vorteil der rechtmäßigen Benutzer zu verbessern und gleichzeitig die nachteiligen Auswirkungen des Waffenmissbrauchs einzudämmen. Die Strategie soll im Wege der sektorenübergreifenden Beteiligung umgesetzt werden. Dabei sollte auf bewährten Praktiken im Rahmen der Initiative zum „administrativen Ansatz“ aufgebaut werden.

Mitteilung:



http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/organized-crime-and-human-trafficking/trafficking-in-firearms/docs/1_de_act_part1_v4.pdf

VERKEHR

KOMMISSION KONSULTIERT ZUM SCHUTZE EUROPÄISCHER FLUGGESELLSCHAFTEN GEGEN SUBVENTIONEN UND DUMPING BEI KONKURRENTEN AUS DRITTSTAATEN

Die Kommission hat am 29.10.2013 eine Konsultation zur Überarbeitung der Verordnung (EG) Nr. 868/2004 über den Schutz vor Schädigung der Luftfahrtunternehmen der Gemeinschaft durch Subventionierung und unlautere Preisbildungspraktiken bei der Erbringung von Flugverkehrsdiensten von Ländern, die nicht Mitglied der Europäischen Gemeinschaft sind, eingeleitet. Eine Teilnahme ist bis zum 21.01.2014 möglich.

Internetseite zur Konsultation (nur in englischer Sprache):

http://ec.europa.eu/transport/modes/air/consultations/2014-01-20-protection-against-subsidisation_en.htm

STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ

ARBEITSPROGRAMM DER KOMMISSION FÜR 2014 – WICHTIGE VORHABEN FÜR DEN GESCHÄFTSBEREICH DES STMJ

Das von der Kommission am 22.10.2013 vorgestellte Arbeitsprogramm enthält für den Justizbereich keine großen Überraschungen und ist angesichts der bevorstehenden Europawahlen im Frühjahr 2014 relativ kurz gefasst. Die Kommission legt den Schwerpunkt auf die Fortsetzung und die Finalisierung in der Diskussion befindlicher Legislativvorschläge und Initiativen, wie das Justice Scoreboard, das die Kommission erstmals 2013 vorgelegt hat und das sie fortführen möchte.

EP-PLENUM VOM 21.-24.10.2013 IN STRASSBURG: ERGEBNISSE AUS DEM BEREICH DES STMJ

Das EP-Plenum hat sich in der 43. Kalenderwoche im Bereich der Justiz vornehmlich mit zwei Themen befasst: so hat es sich mit der Frage eines neuen Aktionsplans für die E-Justiz für 2014-2018 auseinandergesetzt und den erstmals vorgelegten Abschlussbericht (EB 15/13) des Sonderausschusses gegen organisierte Kriminalität, Korruption und Geldwäsche (CRIM) angenommen und darin sowohl an die Kommission als auch an die Mitgliedstaaten explizite Forderungen gestellt, um diese Kriminalitätsstrukturen zukünftig noch besser bekämpfen zu können.

Link zur parlamentarischen Anfrage des EP vom 14.10.2013:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=OQ&reference=O-2013-000111&language=DE>



Link zum Entschließungsantrag zum Aktionsplan für die E-Justiz 2014-2018:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=MOTION&reference=B7-2013-0465&language=DE>

Link zum CRIM-Bericht:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+REPORT+A7-2013-0307+0+DOC+PDF+V0//DE>

LIBE-AUSSCHUSS NIMMT BERICHTE ZUR EU-DATENSCHUTZREFORM AN

Am 21.10.2013 haben die Mitglieder des EP-Ausschusses für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) die Berichte von Berichterstatter *Jan Philipp Albrecht* (Grüne/DEU) zum Vorschlag der Kommission für eine Datenschutz-Grundverordnung und von Berichterstatter *Dimitrios Droutsas* (S&D/GRC) zum Vorschlag der Kommission für eine Richtlinie zum Datenschutz im Bereich Polizei und Justiz angenommen. Darüber hinaus wurde beiden Berichterstattern das Mandat zu Trilogoverhandlungen erteilt. Vizepräsidentin und Justizkommissarin *Viviane Reding* begrüßte das Abstimmungsergebnis ausdrücklich. Dennoch ist mit einer baldigen Annahme noch nicht zu rechnen, da auf Seiten des Rats noch erheblicher Diskussionsbedarf bei den Regelungen gesehen wird (siehe hierzu auch Beitrag des StMI in diesem EB).

Link zur Pressemitteilung von Justizkommissarin *Reding* anlässlich der Abstimmung im LIBE-Ausschuss (nur in Englisch):

http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-923_en.htm?locale=en

KOMMISSION LEGT 30. JAHRESBERICHT ÜBER DIE KONTROLLE DER ANWENDUNG DES EU-RECHTS VOR

Die Kommission legt jährlich einen Bericht über die Kontrolle der Anwendung des EU-Rechts vor, um darzulegen, welche Maßnahmen sie ergriffen hat, um die Anwendung des EU-Rechts zu überwachen und zu gewährleisten, dass die Mitgliedstaaten, die Richtlinien richtig und fristgerecht umsetzen. Der aktuelle Bericht zeigt, dass im Jahre 2012 die Zahl der eingeleiteten Vertragsverletzungsverfahren von 1185 Verfahren in 2011 auf 447 in 2012 zurückgegangen ist, wobei auch weniger Richtlinien zur Umsetzung anstanden. Gegen Deutschland waren zum Stichtag 31.12.2012 insgesamt 61 Vertragsverletzungsverfahren anhängig, davon 14 wegen verspäteter Umsetzung, wobei bei der Statistik all die Verfahren Berücksichtigung fanden, bei denen die Kommission zumindest ein Aufforderungsschreiben nach Art. 258 AEUV übersandt hat.

Siehe Bericht im Einzelnen:

http://ec.europa.eu/eu_law/docs/docs_infringements/annual_report_30/com_2013_726_de.pdf

Link zu den Jahresberichten der Vorjahre:

http://ec.europa.eu/eu_law/infringements/infringements_annual_report_de.htm

EUGH: ZAHL DER GENERALANWÄLTE AUF NEUN ERHÖHT

In einer Erklärung zur Schlussakte der Regierungskonferenz, die den Vertrag von Lissabon angenommen hatte, wurde die Möglichkeit eingeräumt, dass der Rat auf Antrag des EuGH die Zahl der Generalanwälte von



bisher acht auf bis zu elf erhöhen kann, wenn ein solcher Beschluss einstimmig gefasst wird. Gleichzeitig hatte man sich darauf geeinigt, dass Polen zukünftig nicht mehr an der Rotation teilnehmen muss, sondern ständig einen Generalanwalt stellt, wie dies bereits für Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien und das Vereinigte Königreich der Fall ist. Mit Beschluss vom 16.10.2013 wurde der Pole *Maciej Szpunar* als neuer Generalanwalt ernannt, der am 23.10.2013 seine Stelle antrat.

Link zur Pressemeldung mit kurzem Lebenslauf des neuen Generalanwalts:

http://europa.eu/rapid/press-release_CJE-13-139_de.htm

STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN, FÜR LANDESENTWICKLUNG UND HEIMAT

ARBEITSPROGRAMM DER KOMMISSION FÜR 2014 – WICHTIGE VORHABEN FÜR DEN GESCHÄFTSBEREICH DES STMFLH

Im Finanzbereich legt die Kommission - wie auch in den anderen Bereichen - den Fokus weniger auf neue Initiativen als vielmehr auf die Verabschiedung der bereits im Gesetzgebungsverfahren befindlichen Vorschläge. Schwerpunkte sind u. a. die Vollendung der Bankenunion, die Fortsetzung der Arbeiten an der Finanzmarktregulierung, die Verbesserung der wirtschaftspolitischen Steuerung und die Prüfung von Möglichkeiten zur weiteren Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion. Im Steuerbereich nennt die Kommission die Verabschiedung der Richtlinie zur Ausdehnung des Anwendungsbereichs des automatischen Informationsaustauschs (im Rahmen der Arbeiten zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuerbetrug) und der Finanztransaktionssteuer (verstärkte Zusammenarbeit von elf Mitgliedstaaten). Als neue Initiative im Steuerbereich kündigt die Kommission die Schaffung eines endgültigen Mehrwertsteuersystems an (dauerhafte Umsetzung des Bestimmungslandprinzips anstelle des bisher langfristig anvisierten Ursprungslandprinzips).

WESENTLICHE ERGEBNISSE DER SITZUNG DES EUROPÄISCHEN RATES VOM 24./25.10.2013

Entscheidungen zur weiteren Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion wurden auf der Sitzung des ER am 24./25.10.2013 noch nicht getroffen. Es wurde aber bekräftigt, dass die Koordinierung der Wirtschaftspolitik in der Wirtschafts- und Währungsunion weiter verstärkt werden soll, und zwar durch ein höheres Maß an Verbindlichkeit und mehr Eigenverantwortung („ownership“). Der Ablauf des Europäischen Semesters soll verbessert werden. So soll sich der ER bereits im Dezember – im Anschluss an die Veröffentlichung des Jahreswachstumsberichts der Kommission – auf die wichtigsten Bereiche für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik verständigen.

Beim Dezember-Gipfel des ER soll es eine Entscheidung über die wichtigsten Merkmale der geplanten vertraglichen Vereinbarungen über die umzusetzenden Reformen geben. Diese sollen von allen Euro-Mitgliedstaaten abgeschlossen werden und sind letztlich ein Instrument, um die länderspezifischen Empfehlungen verbindlicher zu machen. Daneben sollen im Dezember die wichtigsten Merkmale der mit



diesen vertraglichen Vereinbarungen verbundenen Solidaritätsmechanismen festgelegt werden (finanzielle Anreize für die umzusetzenden Reformen).

Zur Bankenunion sind die Schlussfolgerungen im Wesentlichen prozeduraler Art. Um einen etwaigen Rekapitalisierungsbedarf im Zuge der von der EZB geplanten umfassenden Überprüfung der Bankbilanzen („asset quality review“ und Stresstests) decken zu können, sollen die Mitgliedstaaten – im Einklang mit den Beihilferegulungen für Banken - nationale Auffangmechanismen vorbereiten. Ergänzend zu den nationalen Auffangmechanismen stehen europäische Instrumente im Rahmen der für diese geltenden Regeln zur Verfügung (insbesondere indirekte Bankenrekapitalisierung durch den ESM).

Weiteres Thema war u. a. die digitale Agenda. Gefördert werden sollen insbesondere Investitionen zum Ausbau der Breitbandinfrastruktur und die Bereitstellung neuer Technologien, wie 4G. Ein weiteres wichtiges Ziel sei die Schaffung der richtigen Rahmenbedingungen für „Big Data“ und „Cloud-Computing“. Die Schlussfolgerungen enthalten auch Ausführungen zur Besteuerung der digitalen Wirtschaft. Der ER ruft die Mitgliedstaaten dazu auf, künftig ihre Positionen zum Aktionsplan der OECD gegen die Aushöhlung der Steuerbemessungsgrundlage und Gewinnverlagerungen besser abzustimmen. Im Zuge der Überlegungen zur Reform des Mehrwertsteuerrechts wird sich die Kommission auch mit Fragen befassen, die speziell die digitale Wirtschaft betreffen (insbesondere mit den derzeit noch differenzierten Sätzen für digitale und physische Produkte).

Schlussfolgerungen des ER vom 24./25.10.2013:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/139223.pdf

UNTERSUCHUNGEN IM EP ZUR ARBEIT DER TROIKA

Der Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON) im EP wird einen Untersuchungsbericht zur Arbeit der Troika (IWF, EZB, Kommission) in Griechenland, Irland, Portugal und Zypern erstellen. Ziel ist die Untersuchung und die Bewertung der Arbeitsmethoden der Troika. Ein besonderes Augenmerk soll dabei auf die Entscheidungsprozesse innerhalb der Troika und auf die demokratische Legitimation der Entscheidungen gelegt werden. Der Untersuchungsbericht soll noch vor der Europawahl erstellt werden. Ko-Berichterstatter sind EP-Vizepräsident *Othmar Karas* (EVP/Österreich) und MdEP *Liem Hoang Ngoc* (S&D/FRA).

Pressemitteilung von EP-Vizepräsident *Othmar Karas* (EVP/Österreich):

<http://www.eppgroup.eu/press-release/Parliament-will-%22evaluate%2C-not-condemn%22-work-of-Troika>

EZB GIBT DETAILS ZUR SOG. „ASSET QUALITY REVIEW“ BEKANNT

Die EZB hat am 23.10.2013, wenige Tage nach der Verabschiedung der gemeinsamen Bankenaufsicht im Euroraum durch den ECOFIN-Rat, Details zu der von ihr geplanten umfassenden Überprüfung der europäischen Banken bekannt gegeben. Die Prüfung setzt sich aus folgenden drei Elementen zusammen: aufsichtliche Risikobewertung (u. a. Liquidität, Verschuldungsgrad und Refinanzierung); Überprüfung der Qualität der Aktiva der Bankbilanzen („Asset Quality Review“), Stresstest. Überprüft werden 130 Banken in 18 Mitgliedstaaten, die von der EZB direkt beaufsichtigt werden. Zu den 24 deutschen Banken, die



voraussichtlich der Überprüfung unterliegen, gehört neben der Deutschen Bank, der Commerzbank, der DekaBank und der DZ Bank u. a. auch die Bayerische Landesbank. Verlangt wird eine Eigenkapitalquote von mindestens 8 % hartem Kernkapital.

Pressemitteilung der EZB:

<http://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2013/html/pr131023.de.html>

Methode zur Überprüfung der Bankbilanzen:

<http://www.ecb.europa.eu/pub/pdf/other/notecomprehensiveassessment201310en.pdf?317b6d0cb10f7c605170f6a3e7b7f426>

KOMMISSIONSVORSCHLAG ZUR EINFÜHRUNG EINER STANDARD-MEHRWERTSTEUERERKLÄRUNG

Die Kommission hat am 23.10.2013 einen Richtlinienvorschlag zur Einführung einer Standard-Mehrwertsteuererklärung unterbreitet. Ziel ist es, den Verwaltungsaufwand für Unternehmen zu verringern, die Steuerverwaltung effizienter zu machen und für eine bessere Einhaltung der Mehrwertsteuervorschriften zu sorgen. Derzeit bestehen zwischen den Mehrwertsteuer-Erklärungen in den einzelnen Mitgliedstaaten noch große Unterschiede. Künftig sollen in der Mehrwertsteuererklärung nur noch fünf Felder obligatorisch sein. Die Mitgliedstaaten erhalten jedoch die Möglichkeit, in bis zu 26 zusätzlichen Feldern weitere Standardangaben zu verlangen. Derzeit schreiben einige Mitgliedstaaten das Ausfüllen von bis zu 100 Feldern vor. Der Richtlinienvorschlag muss noch vom Rat angenommen werden, das EP wird nur angehört.

Link zum Richtlinienvorschlag und zur Folgenabschätzung:

http://ec.europa.eu/taxation_customs/taxation/vat/key_documents/legislation_proposed/index_de.htm

KOMMISSION SETZT HOCHRANGIGE EXPERTENGRUPPE ZUM THEMA „BESTEUERUNG DER DIGITALEN WIRTSCHAFT“ EIN

Die Kommission hat am 22.10.2013 die Einsetzung einer hochrangigen Expertengruppe zum Thema „Besteuerung der digitalen Wirtschaft“ beschlossen. Sie soll feststellen, welche Probleme für die Besteuerung der digitalen Wirtschaft im EU-Kontext bestehen und Lösungsvorschläge unterbreiten. Zum einen geht es um die Beseitigung von steuerlichen Hemmnissen für Investitionen und Wachstum im digitalen Sektor, zum anderen um Maßnahmen gegen Steuervermeidung und aggressive Steuerplanung. Die Expertengruppe soll aus sechs bis sieben Einzelpersonen bestehen (Praktiker aus der digitalen Wirtschaft, Steuer- oder Wirtschaftswissenschaftler, Steuerpraktiker mit einschlägiger Erfahrung). Interessierte Sachverständige können ihre Bewerbung bis 05.11.2013 einreichen. Die Expertengruppe soll ihre Arbeit noch vor Jahresende aufnehmen und der Kommission in der ersten Hälfte des Jahres 2014 Bericht erstatten.

Pressemitteilung der Kommission:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-983_de.htm

Kommissionsbeschluss zur Einsetzung der Expertengruppe:



http://ec.europa.eu/taxation_customs/resources/documents/taxation/tax_fraud_evasion/com_2013_7082_de.pdf

VERMITTLUNGSVERFAHREN ZUM EU-HAUSHALT 2014

Nachdem sich der Rat und das EP über den EU-Haushalt 2014 zunächst nicht einigen konnten, kommt es - wie schon in den Vorjahren - zu einem Vermittlungsverfahren. Der Rat hatte seine Position am 02.09.2013 festgelegt und sich für Zahlungsermächtigungen in Höhe von 135 Mrd. € und Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 142,23 Mrd. € ausgesprochen. Das EP hat am 23.10.2013 im Plenum über seine Position abgestimmt und Zahlungsermächtigungen von 136,44 Mrd. € und Verpflichtungsermächtigungen von 143,08 Mrd. € gefordert. Damit verlangt das EP eine bessere Mittelausstattung als die Kommission. Mangels Einigung zwischen Rat und EP begann am 24.10.2013 das dreiwöchige Vermittlungsverfahren. Können sich Rat und EP nicht bis 13.11.2013 einigen, muss die Kommission einen neuen Haushaltsentwurf vorlegen.

Pressemitteilung des Rates:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/139130.pdf

Entschließung des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2013-0437+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

EP BILLIGT BERICHTIGUNGSHAUSHALT NR. 6 - ERHÖHUNG DER AUF DER GRUNDLAGE DES BNE BERECHNETEN NATIONALEN BEITRÄGE

Das Plenum des EP hat am 24.10.2013 den Berichtigungshaushalt Nr. 6 zum EU-Haushalt 2013 (Erhöhung der auf der Grundlage des BNE berechneten nationalen Beiträge) gebilligt. Um Mindereinnahmen aus Zöllen und aus Mehrwertsteuer-Eigenmitteln auszugleichen, steigen die BNE-Eigenmittel um rd. 3,1 Mrd. €. Die Kommission hatte im Vorfeld der Plenarsitzung darauf hingewiesen, dass ihr im November die Mittel ausgehen werden, wenn das EP diesen Berichtigungshaushalt nicht verabschiedet.

Entschließung des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2013-0450+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

RAT BILLIGT WEITERE BERICHTIGUNGSHAUSHALTE (NR. 8 UND 9) ZUM EU-HAUSHALT 2013

Der Rat hat am 30.10.2013 im schriftlichen Verfahren die Berichtigungshaushalte Nr. 8 und 9 zum EU-Haushalt 2013 gebilligt. Mit dem Berichtigungshaushalt Nr. 8 soll sichergestellt werden, dass die EU bestehende Zahlungsverpflichtungen im laufenden Jahr bedienen kann (zweite Tranche in Höhe von 3,9 Mrd. € nach der im Juli bereits freigegebenen ersten Tranche in Höhe von 7,3 Mrd. €). Mit dem Berichtigungshaushalt Nr. 9 sollen Deutschland, Österreich und Tschechien wegen der Hochwasserkatastrophe im Mai/Juni 2013 aus dem EU-Solidaritätsfonds unterstützt werden. Für Deutschland



sollen 360,5 Mio. € bereitgestellt werden. Die beiden Berichtigungshaushalte müssen noch vom EP-Plenum verabschiedet werden.

Pressemitteilung des Rates:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/ecofin/139281.pdf

TRILOGEINIGUNG ZUR KÜNFTIGEN KOHÄSIONSPOLITIK – AUF BOTSCHAFTEREBENE VOM RAT GEBILLIGT

Rat und EP haben am 24.10.2013 einen Kompromiss zu den Verordnungen über die künftigen Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESIF) 2014 - 2020 erzielt, den der Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV) am 29.10.2013 bereits politisch gebilligt hat. Offen waren am Ende der Verhandlungen vier große Knackpunkte im Rahmen der fondsübergreifenden Allgemeinen Verordnung: die makroökonomischen Konditionalitäten, die Leistungsreserve, die Vorschusszahlungen und die Kofinanzierungsraten der Mitgliedstaaten. Der gefundene Kompromiss bildet nun ein Gesamtpaket. Zwar konnte sich das EP mit seiner Forderung nach einem Mitentscheidungsrecht bei der Sanktionierung von Verstößen gegen makroökonomische Auflagen nicht durchsetzen. Dafür erreichte es einige „safeguards“ für die Mitgliedstaaten bei Zahlungs- und Verpflichtungsaussetzungen. Das Kompromisspaket, wie auch alle anderen bisherigen Teilkompromisse, müssen nun vom federführenden EP-Ausschuss für Regionale Entwicklung (REGI), vom EP-Plenum und anschließend vom Rat auch offiziell angenommen werden (s. Beitrag des StMWMET in diesem EB).

Pressemitteilung des Rates (nur in englischer Sprache):

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/genaff/139271.pdf

ENTSCHLIESSUNG DES EP ZUM EUROPÄISCHEN SEMESTER

Das Plenum des EP hat am 23.10.2013 eine Entschließung zum Europäischen Semester angenommen. Es begrüßt, dass die länderspezifischen Empfehlungen im Jahr 2013 detaillierter gefasst wurden als in den Vorjahren, sieht aber nach wie vor Verbesserungsmöglichkeiten, insbesondere bei der Umsetzung der Empfehlungen. Die nationalen Parlamente und das EP sollen im Rahmen des Europäischen Semesters künftig stärker eingebunden werden. Daneben nimmt das EP zu einer ganzen Reihe von Themen außerhalb des Europäischen Semesters Stellung. So wird z. B. gefordert, den ESM in den EU-Rechtsrahmen zu integrieren und das „Ad-hoc-System der Troikas“ in eine rechtlich standfeste Struktur im Rahmen des EU-Rechts umzuwandeln (s. dazu auch den Beitrag des StMWMET in diesem EB).

Entschließung des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2013-0447+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>



STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND MEDIEN, ENERGIE UND TECHNOLOGIE

ERGEBNISSE DES EUROPÄISCHEN RATES AM 24./25.10.2013 – GESCHÄFTSBEREICH DES STMWMMET

Die Tagung des ER am 24./25.10.2013 brachte keine wesentlichen Entscheidungen. Insbesondere wurden Festlegungen im Hinblick auf die angestrebte weitere Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion auf die nächste Sitzung im Dezember vertagt, da offenbar weiterhin erheblicher Klärungsbedarf besteht. Die offizielle Tagesordnung, wie sie in den Schlussfolgerungen zum Ausdruck kommt, enthielt mehrere Themen aus dem Geschäftsbereich des StMWMET: Innovation, Dienstleistungen und Handel, Wirtschaftspolitik, digitale Agenda, Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion/wirtschaftspolitische Koordinierung und schließlich die Bankenunion (zum Thema Bankenunion s. die Ausführungen im Geschäftsbereich des StMFLH).

Schlussfolgerungen des ER:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/de/ec/139223.pdf

ARBEITSPROGRAMM DER KOMMISSION FÜR 2014 – WICHTIGE VORHABEN FÜR DEN GESCHÄFTSBEREICH DES STMWMMET

Die Kommission hat am 22.10.2013 ihr Arbeitsprogramm für 2014 vorgestellt. Es ist das letzte Programm vor der Europawahl. Insofern liegt ein Schwerpunkt der Ausführungen auf einer erstmals präsentierten Liste mit laufenden Dossiers der Gesetzgebung, deren Abschluss die Kommission für prioritär hält. Als wichtigste Herausforderung für 2014 sieht sie die Annahme der Vorschläge zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung (dazu zählt sie auch die noch ausstehenden Beschlüsse zu den Förderprogrammen der EU im Zusammenhang mit dem Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2014 - 2020), zur Bankenunion und zum Binnenmarkt. Besonders betont die Kommission ihr Vorhaben (Programm „REFIT“), das EU-Recht zu straffen und Bürokratie sowie Verwaltungslasten abzubauen. Neue Gesetzgebungsinitiativen soll es vor der Europawahl 2014 nicht mehr geben, außer jenen, die bereits angekündigt sind oder zu deren Vorlage sie auf Grund internationaler Verpflichtungen angehalten ist (s. allgemein zum Arbeitsprogramm den Beitrag im Geschäftsbereich „Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament“, zum Themenbereich Medien den Beitrag im Geschäftsbereich „LuK und Medien“, jeweils in diesem EB).

Pressemitteilung der Kommission:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-978_de.htm



WIRTSCHAFT MIT BINNENMARKT UND INDUSTRIE

TRILOGEINIGUNG ZUR KÜNFTIGEN KOHÄSIONSPOLITIK – AUF BOTSCHAFTEREBENE VOM RAT GEBILLIGT

Rat und EP haben am 24.10.2013 einen Kompromiss zu den Verordnungen über die künftigen Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESIF) 2014 - 2020 erzielt, den der Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV) am 29.10.2013 bereits politisch gebilligt hat. Offen waren am Ende der Verhandlungen vier große Knackpunkte im Rahmen der fondsübergreifenden Allgemeinen Verordnung: die makroökonomischen Konditionalitäten, die Leistungsreserve, die Vorschusszahlungen und die Kofinanzierungsraten der Mitgliedstaaten. Der gefundene Kompromiss bildet nun ein Gesamtpaket. Zwar konnte sich das EP mit seiner Forderung nach einem Mitentscheidungsrecht bei der Sanktionierung von Verstößen gegen makroökonomische Auflagen nicht durchsetzen. Dafür erreichte es einige „safeguards“ für die Mitgliedstaaten bei Zahlungs- und Verpflichtungsaussetzungen. Das Kompromisspaket, wie auch alle anderen bisherigen Teilkompromisse, müssen nun vom federführenden EP-Ausschuss für Regionale Entwicklung (REGI), vom EP-Plenum und anschließend vom Rat offiziell angenommen werden.

Pressemitteilung des Rates (nur in englischer Sprache):

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/genaff/139271.pdf

EP SIEHT BISHERIGE KOORDINIERUNG DER WIRTSCHAFTS- UND HAUSHALTSPOLITIK DER MITGLIEDSTAATEN ALS UNZUREICHEND AN

Das EP hat am 23.10.2013 seinen jährlichen Bericht zur Umsetzung des Europäischen Semesters angenommen. Darin begrüßt es die qualitativen Verbesserungen des Instruments im Jahr 2013, was sich in immer gezielteren und präziseren länderspezifischen Empfehlungen zeige. Umso mehr beklagt das EP die bisher geringe Umsetzung durch die Mitgliedstaaten (nur 15 % der bisher rund 400 Empfehlungen, unter Berufung auf Zahlen der Kommission) und fordert von der Kommission Legislativvorschläge für einen „wirklichen Konvergenzprozess“, die auch Anreize für die Umsetzung der Empfehlungen in den Mitgliedstaaten umfassen. Dies solle in Form eines „Instruments für Konvergenz und Wettbewerbsfähigkeit“ geschehen, dessen Mittel EU-Staaten helfen soll, kurzfristige negative Folgen von Wirtschaftsreformen abzufedern; das gerade auch von Deutschland befürwortete Instrument vertraglicher Vereinbarungen zwischen Kommission und Mitgliedstaaten, die Grundlage für Auszahlungen aus dieser Fazilität sein könnten, erwähnt das EP hingegen nicht ausdrücklich. Jedoch begrüßt es die auf Ebene des ER diskutierte Reformidee der Vorabkoordinierung wichtiger Strukturreformen.

Pressemitteilung des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/>



EZB GIBT DETAILS ZUR SOG. „ASSET QUALITY REVIEW“ BEKANNT

Die EZB hat am 23.10.2013, wenige Tage nach der Verabschiedung der gemeinsamen Bankenaufsicht im Euroraum durch den ECOFIN-Rat, Details zu der von ihr geplanten umfassenden Überprüfung der europäischen Banken bekannt gegeben. Die Prüfung setzt sich aus folgenden drei Elementen zusammen: aufsichtliche Risikobewertung (u.a. Liquidität, Verschuldungsgrad und Refinanzierung); Überprüfung der Qualität der Aktiva der Bankbilanzen („Asset Quality Review“), Stresstest. Überprüft werden 130 Banken in 18 Mitgliedstaaten, die von der EZB direkt beaufsichtigt werden. Zu den 24 deutschen Banken, die voraussichtlich der Überprüfung unterliegen, gehört neben der Deutschen Bank, der Commerzbank, der DekaBank und der DZ Bank u.a. auch die Bayerische Landesbank. Verlangt wird eine Eigenkapitalquote von mindestens 8 % hartem Kernkapital (s. auch Beitrag des StMFLH in diesem EB).

Pressemitteilung der EZB:

<http://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2013/html/pr131023.de.html>

Methode zur Überprüfung der Bankbilanzen:

<http://www.ecb.europa.eu/pub/pdf/other/notecomprehensiveassessment201310en.pdf?317b6d0cb10f7c605170f6a3e7b7f426>

EUGH WEIST KLAGE DER KOMMISSION GEGEN DEUTSCHLAND IN SACHEN VW-GESETZ AB

Der EuGH hat am 22.10.2013 eine Klage der Kommission gegen Deutschland abgewiesen, mit der diese eine unzureichende Umsetzung eines früheren Urteils in Sachen VW-Gesetz gerügt hatte (Rechtssache C-95/12). Der EuGH hatte am 23.10.2007 entschieden, dass drei Bestimmungen des VW-Gesetzes zur Sicherung des Einflusses der öffentlichen Hand gegen die Kapitalverkehrsfreiheit verstießen (Rechtssache C-112/05). Deutschland hatte in zwei Punkten das Gesetz geändert. Beibehalten hat Deutschland hingegen die Bestimmung, dass anders als im Aktiengesetz bereits ein 20 %-Anteil am Grundkapital ausreicht, um wichtige Entscheidungen der Gesellschaft zu blockieren (normalerweise 25 %). Offen war, wie hierzu das erste Urteil zu verstehen ist, mithin ob diese Bestimmung auch für sich alleine bereits als Verstoß gegen die Kapitalverkehrsfreiheit zu werten war oder nur in Verbindung mit den beiden anderen, von Deutschland abgeänderten Punkten. Der EuGH schloss sich nun der deutschen Position an, dass die Bestimmungen zur herabgesetzten Sperrminorität für sich alleine nicht unionsrechtswidrig sind.

Pressemitteilung des EuGH:

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2013-10/cp130138de.pdf>

KOMMISSION KONSULTIERT ZUM SCHUTZE EUROPÄISCHER FLUGGESELLSCHAFTEN GEGEN SUBVENTIONEN UND DUMPING BEI KONKURRENTEN AUS DRITTSTAATEN

Die Kommission hat am 29.10.2013 eine Konsultation zur Überarbeitung der Verordnung (EG) Nr. 868/2004 über den Schutz vor Schädigung der Luftfahrtunternehmen der Gemeinschaft durch Subventionierung und unlautere Preisbildungspraktiken bei der Erbringung von Flugverkehrsdiensten von Ländern, die nicht Mitglied der Europäischen Gemeinschaft sind, eingeleitet. Eine Teilnahme ist bis zum 21.01.2014 möglich.



Internetseite zur Konsultation (nur in englischer Sprache):

http://ec.europa.eu/transport/modes/air/consultations/2014-01-20-protection-against-subsidisation_en.htm

AUSSENWIRTSCHAFT

EP LEGT STANDPUNKT ZUR VERORDNUNG ÜBER DIE AUSÜBUNG DER RECHTE DER UNION IN BEZUG AUF DIE ANWENDUNG UND DURCHSETZUNG INTERNATIONALER HANDELSREGELN FEST

Das EP-Plenum hat am 23.10.2013 mit großer Mehrheit seinen Standpunkt in erster Lesung zu einer neuen Verordnung über die Ausübung der Rechte der Union in Bezug auf die Anwendung und die Durchsetzung internationaler Handelsregeln festgelegt. Die Verordnung soll einen allgemeinen Rechtsrahmen für die effektive und rasche Durchsetzung von handelspolitischen Maßnahmen bieten, die der EU nach Entscheidungen in internationalen Streitbeilegungsverfahren (z. B. bei der WTO) zur Durchsetzung ihrer Rechte gegenüber Drittstaaten zustehen. Das EP begrüßt den Verordnungsvorschlag der Kommission vom Dezember 2012 und will den Anwendungsbereich der vorgesehenen handelspolitischen Maßnahmen bei Warenein- und -ausfuhren (z. B. Zolleinführungen) auf den Handel mit Dienstleistungen erweitern. Darüber hinaus sieht es umfassende Berichtspflichten der Kommission gegenüber dem EP vor.

Text des Berichts:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2013-0439+0+DOC+XML+V0//DE>

Verordnungsvorschlag der Kommission:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2012:0773:FIN:DE:PDF>

MEDIEN

KOMMISSION SETZT HOCHRANGIGE EXPERTENGRUPPE ZUM THEMA „BESTEUERUNG DER DIGITALEN WIRTSCHAFT“ EIN

Die Kommission hat am 22.10.2013 die Einsetzung einer hochrangigen Expertengruppe zum Thema „Besteuerung der digitalen Wirtschaft“ beschlossen. Die Gruppe soll feststellen, welche Probleme für die Besteuerung der digitalen Wirtschaft im EU-Kontext bestehen, und Lösungsvorschläge unterbreiten. Zum einen geht es um die Beseitigung von steuerlichen Hemmnissen für Investitionen und Wachstum im digitalen Sektor, zum anderen um Maßnahmen gegen Steuervermeidung und aggressive Steuerplanung. Die Expertengruppe soll aus sechs bis sieben Einzelpersonen bestehen (Praktiker aus der digitalen Wirtschaft, Steuer- oder Wirtschaftswissenschaftler, Steuerpraktiker mit einschlägiger Erfahrung). Interessierte Sachverständige können ihre Bewerbung bis 05.11.2013 einreichen. Die Expertengruppe soll ihre Arbeit noch vor Jahresende aufnehmen und der Kommission in der ersten Hälfte des Jahres 2014 Bericht erstatten (s. Beitrag des StMFLH in diesem EB).

Pressemitteilung der Kommission:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-983_de.htm

Kommissionsbeschluss zur Einsetzung der Expertengruppe:



http://ec.europa.eu/taxation_customs/resources/documents/taxation/tax_fraud_evasion/com_2013_7082_de.pdf

EUROPÄISCHE REGULIERUNGSBEHÖRDEN KRITISIEREN KROES' „TELEKOM-PAKET“

Mit Blick auf das Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs zum Thema Digitale Agenda und Vollendung des digitalen Binnenmarkts am 24./25.10.2013 legte das Gremium Europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation (BEREC) eine kritische Analyse des unter Federführung von Kommissionsvizepräsidentin *Neelie Kroes* vorgeschlagenen Telekompakets vor (EB 15/13) (s. Beitrag aus dem Bereich IuK- und Medienpolitik in diesem EB).

Weitere Informationen:

<http://berec.europa.eu/>

<https://netzpolitik.org/2013/eu-regulierer-berec-kritisiert-eu-plaene-gegen-netzneutralitaet/>

BARROSO UND VAN ROMPUY FORDERN VON EP UND RAT ZUSTIMMUNG ZUM TELEKOM-PAKET UND MEHR EINSATZ FÜR EINEN DIGITALEN BINNENMARKT

Im Vorfeld des Europäischen Rats am 24./25.10.2013 setzte sich Kommissionspräsident *Barroso* für die Stärkung des digitalen Binnenmarkts ein und forderte deshalb zur Unterstützung des im September vorgelegten Verordnungsvorschlages zur Errichtung eines einheitlichen europäischen Marktes für Telekommunikation auf. Auch ER-Präsident *Van Rompuy* plädierte in seinem Einladungsbrief zum Gipfel der Staats- und Regierungschefs für mehr Einsatzbereitschaft im digitalen Sektor. Er erklärte, dass ein digitaler Binnenmarkt erheblich zum Wachstum und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze in den EU-Ländern beitragen würde, um Europa wieder die Führungsposition in diesem Sektor zu verschaffen. Der Ratspräsident rief die Staats- und Regierungschefs insbesondere zur Unterstützung der drei Kernforderungen (Anreize für neue Investitionen, Entwicklung neuer verbraucher- und unternehmerfreundlicher Märkte und Verbesserung der digitalen Kompetenzen) auf (s. Beitrag aus dem Bereich IuK- und Medienpolitik in diesem EB).

Link zum Memo:

http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-930_en.htm?locale=en

Link zu *Barrosos* Statement:

http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-13-851_en.htm?locale=en

Reden von *José Manuel Barroso* vom 24. und 25.10.2013:

http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-13-856_en.htm?locale=en

http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-13-852_en.htm?locale=en

WELTWEITER ANSTIEG DER ZAHL AN MULTIPLEX-KINOS

Laut einem Artikel der französischen Zeitung „Les Échos“ sei die Anzahl von Multiplex-Kinos im Jahr 2012 auf 130.000 Leinwände angestiegen, was eine Steigerung um 5 % im Vergleich zu 2011 darstellen würde. Ein Multiplex-Kino ist ein Großraumkino mit mehreren Sälen, in denen parallel vielfältige Filmprogramme gezeigt



werden können. Im Vergleich zu den USA mit 40.000 gäbe es in Europa inzwischen 29.500 multiplexe Kinoleinwände. Das sei ein großer Erfolg für die weltweite „Digitalisierung der Kinos“, die seit 2010 auch in Europa stattfindet, finanziert von MEDIA 2007. Allerdings wird die Förderung mangels Budget nicht vom Nachfolgeprogramm „Kreatives Europa“ weitergeführt (EB 17/10; 02/12). Gleichwohl habe dieses Wachstum nicht zu einer größeren Filmvielfalt geführt und der Marktanteil an US-Produktionen in diesen Multiplex Kinos übersteige bei Weitem den von in der EU produzierten Filmen (s. Beitrag aus dem Bereich IuK- und Medienpolitik in diesem EB).

Weitere Informationen zur EU-Finanzierung:

http://eacea.ec.europa.eu/media/index_en.php

ENERGIE

TRILOGEINIGUNG ZUR VERORDNUNG ÜBER DIE MITTEILUNG VON INVESTITIONEN IN ENERGIEINFRASTRUKTUR

Rat und EP haben sich am 16.10.2013 auf einen Text für die Verordnung über die Mitteilung von Investitionsvorhaben für Energieinfrastruktur in der EU an die Kommission und zur Ersetzung der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 617/2010 geeinigt. Die Neuverhandlung war nötig, da der EuGH in seinem Urteil vom 06.09.2012 die nun ersetzte Verordnung auf Klage des EP wegen falscher Rechtsgrundlage für nichtig erklärt hatte (Rechtssache C-490/10). Die Rechtswirkungen der vorherigen Verordnung aus 2010 hat er jedoch bis zum Inkrafttreten der nun vereinbarten Nachfolgeverordnung aufrecht erhalten, sodass diese bruchlos und ohne wesentliche inhaltliche Änderung daran anschließen kann.

Pressemitteilung des Rates zur Einigung (nur in englischer Sprache):

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/trans/139129.pdf

STUDIE ZU „LOOP FLOWS“ IM EUROPÄISCHEN STROMNETZ VERÖFFENTLICHT

Am 28.10.2013 hat die Kommission eine von ihr in Auftrag gegebene Studie zu sog. „loop flows“ und „transition flows“ im europäischen Stromnetz veröffentlicht. Dabei handelt es sich um physische Stromflüsse in einem bestimmten Netzbereich, die nicht von Angebot und Nachfrage in diesem Netzbereich getragen sind, sondern auf Vorgängen in angrenzenden und durch Leitungen verbundenen Netzabschnitten beruhen. Die beauftragten Gutachter kommen zum Ergebnis, dass diese für die Netzstabilität problematischen Phänomene hauptsächlich rund um Deutschland auftreten, als Folgen der deutschen Energiewende mit einem rasant steigenden Anteil erneuerbarer Energien, deren Einspeisung in das Stromnetz aber sehr volatil ist.

Internetseite zu aktuellen Studien im Energiebereich mit Link zur Studie zu Loop-Flows:

http://ec.europa.eu/energy/gas_electricity/studies/electricity_de.htm



TECHNOLOGIE UND INNOVATION

EP LEGT STANDPUNKT ZU VERORDNUNGEN ÜBER MEDIZINPRODUKTE UND IN-VITRO-DIAGNOSTIKA FEST

Das EP hat am 22.10.2013 dem Verordnungsvorschlag zur Änderung der Richtlinie über Medizinprodukte (RL 2001/83/EG) und dem Verordnungsvorschlag zur Änderung der Richtlinie über In-Vitro-Diagnostika (RL 98/79/EG) zugestimmt. Künftig müssen Medizinprodukte in der EU auch nach der Markteinführung kontrolliert werden. So soll es z.B. unangekündigte Betriebskontrollen geben. Ferner müssen Medizinprodukte, die in den Körper implantiert werden, rückverfolgbar sein. Die Patienten sollen einen Implantat-Pass erhalten. Das EP erteilte außerdem den beiden Berichterstattern das Mandat zur Aufnahme von Trilog-Verhandlungen mit dem Rat und der Kommission. Der Rat hat allerdings noch keine allgemeine Ausrichtung zu den Dossiers erzielt (s. Beitrag des StMGP in diesem EB).

Angenommener Text des EP zum VO-Vorschlag über In-Vitro-Diagnostika:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2013-0427+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Angenommener Text des EP zum VO-Vorschlag über Medizinprodukte:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2013-0428+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

ERGEBNISSE DER KONSULTATION ZUM OFFENEN ZUGANG ZU FORSCHUNGSDATEN VORGESTELLT

Die Kommission hat Ende Oktober die Ergebnisse einer eintägigen öffentlichen Konsultationsveranstaltung zum freien Zugang zu Forschungsdaten (Open Research Data) vorgelegt, an der Vertreter von Hochschulen, Forschungsorganisationen, Forschungsförderung, Industrie sowie Verlagen, Bibliotheken und Bereitstellern elektronischer Infrastruktur beteiligt waren. Ziele waren die Erörterung einer Definition des Begriffs Forschungsdaten, der Begrenzung von Datenzugang und Weiterverwendung der Daten sowie deren Speicherung und Management. Die Konsultation steht im Zusammenhang mit der Mitteilung der Kommission „Verbesserung des Zugang zu wissenschaftlichen Informationen: Steigerung der Wirkung öffentlicher Investitionen in die Forschung“ vom 17.07.2012 (EB 14/12). Im Allgemeinen zeigten sich Forscher, Forschungsförderer sowie Verleger den Plänen der Kommission gegenüber sehr positiv eingestellt. Demgegenüber meldeten Industrievertreter Bedenken hinsichtlich möglicher kommerzieller Verluste durch eine erzwungene Offenlegung sämtlicher Forschungsdaten an (s. Beitrag des StMBKWK in diesem EB).

Teilnehmerliste und Zusammenfassung der Konsultation zu „Open Access“ (auf Englisch):

<http://ec.europa.eu/digital-agenda/node/67533>



SONSTIGES

RAT NIMMT SCHLUSSFOLGERUNGEN ZU MAKROREGIONALEN STRATEGIEN AN

Der Rat für Allgemeine Angelegenheiten hat am 22.10.2013 Schlussfolgerungen zum Mehrwert makroregionaler Strategien angenommen. Er betont darin, dass regionale Kooperationsstrategien einen klaren europäischen Mehrwert aufweisen und kohärent mit anderen europäischen Initiativen (v. a. zur Europa 2020-Strategie) ausgestaltet sein müssen, um als makroregionale Strategie in der EU anerkannt zu werden. Weitere Voraussetzung sei ein deutlich formuliertes und langfristig angelegtes politisches Bekenntnis der involvierten Partnerländer. Die Schlussfolgerungen greifen die von Bayern und anderen Regionen Europas geplante Alpenstrategie nicht namentlich auf. Bezugspunkt der Ratsschlussfolgerungen ist ein Bericht der Kommission vom 27.06.2013 zu diesem Thema (EB 12/13).

Pressemitteilung des Rates (nur in englischer Sprache):

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/genaff/139110.pdf

EUROSTAT VERÖFFENTLICHT ZWISCHENBILANZ ZUR STRATEGIE EUROPA 2020

Das statistische Amt der EU (EUROSTAT) hat am 29.10.2013 einen Zwischenstand der Strategie Europa 2020 veröffentlicht, der die Fortschritte bei den verschiedenen Zielen dieser Strategie auf EU-Ebene wie auch auf nationaler Ebene anhand der vereinbarten Indikatoren dokumentiert. Die zukünftig jährlich erscheinende Veröffentlichung der Statistiken soll die Strategie Europa 2020 besser verständlich machen und genauere Folgenabschätzungen ermöglichen. Die Erkenntnisse könnten auch für die künftigen länderspezifischen Empfehlungen im Rahmen des Europäischen Semesters zu Grunde gelegt werden.

Pressemitteilung Eurostat:

http://europa.eu/rapid/press-release_STAT-13-157_de.htm

Statistisches Jahrbuch von Eurostat zur Europa 2020 Strategie (nur in englischer Sprache):

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-02-13-238/EN/KS-02-13-238-EN.PDF

STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN

ARBEITSPROGRAMM DER KOMMISSION FÜR 2014 – WICHTIGE VORHABEN FÜR DEN GESCHÄFTSBEREICH DES STMELF

In ihrem am 22.10.2013 vorgestellten Arbeitsprogramm betont die Kommission, dass 2014 ein Jahr der ergebnisorientierten Umsetzung sein müsse. Besondere Priorität räumt sie dabei dem reibungslosen und fristgerechten Start der Maßnahmen ein, die – wie die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) – auf dem noch zur förmlichen Verabschiedung anstehenden Mehrjährigen Finanzrahmen 2014 - 2020 beruhen. Außerdem weist sie darauf hin, dass die Umsetzung der GAP-Reform mehr Arbeitsplätze im ländlichen Raum schaffen



und für eine tragfähige Grundlage einer grünen Wirtschaft sorgen werde. Die nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen stehe im Mittelpunkt der reformierten GAP (Überblick über das Arbeitsprogramm 2014 in diesem EB, Geschäftsbereich „Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament“).

KOMMISSION STARTET KONSULTATION ZUR GRUPPENFREISTELLUNGSVERORDNUNG FÜR STAATLICHE BEIHILFEN IM LANDWIRTSCHAFTS- UND FORSTSEKTOR SOWIE FÜR LÄNDLICHE GEBIETE

Die Kommission hat am 15.10.2013 eine öffentliche Konsultation zu Vorschlägen für eine neue Gruppenfreistellungsverordnung für staatliche Beihilfen im Landwirtschafts- und Forstsektor sowie für ländliche Gebiete gestartet. Beiträge können noch bis zum 19.11.2013 eingereicht werden. Hintergrund ist das Auslaufen der aktuellen Gruppenfreistellungsverordnung im Agrarbereich, nach der die Mitgliedstaaten die Möglichkeit haben, bestimmte staatliche Beihilfen ohne vorherige Genehmigung durch die Kommission zu gewähren. Im Rahmen einer Novellierung der Regelungen für staatliche Beihilfen im Agrarbereich bereitet die Kommission eine neue Verordnung vor, die am 01.07.2014 in Kraft treten soll. Danach sollen die Gruppenfreistellungen ausgeweitet bzw. weitere staatliche Beihilfen einbezogen werden, z. B. der Forstsektor oder kleine Betriebe in ländlichen Gebieten. Die bürokratische Belastung für die Verwaltung soll damit vermindert und ein schnellerer Zugang zu staatlichen Beihilfen für potenzielle Empfänger erreicht werden. Die Vorschläge sollen Mitte November auch mit den Mitgliedstaaten diskutiert und anschließend unter Einbeziehung der Ergebnisse der Konsultation weiterentwickelt werden.

Konsultation:

http://ec.europa.eu/agriculture/stateaid/policy/consultation-aber/index_en.htm

Pressemitteilung der Kommission (in Englisch):

http://ec.europa.eu/agriculture/newsroom/140_en.htm

KOMMISSION VERÖFFENTLICHT EXTERNE EVALUIERUNG ZUR EFFEKTIVITÄT DER MASSNAHMEN IM IMKEREISEKTOR

Am 14.10.2013 veröffentlichte die Kommission einen 2012 von ihr in Auftrag gegebenen externen Evaluierungsbericht über die Effektivität der EU-Maßnahmen im Imkereisektor. Dieser wurde bereits in den im September vorgelegten Bericht zur Durchführung der Maßnahmen im Bienenzuchtsektor (EB 15/13) einbezogen. Er kommt zu dem Ergebnis, dass die sechs Maßnahmen im Imkereisektor (Technische Hilfe, Bekämpfung der Varroatose, Rationalisierung der Wanderimkerei, Unterstützung bei der Durchführung von Honiganalysen, Wiederauffüllung der Bienenbestände und Projekte der angewandten Forschung) insgesamt erfolgreich waren. Insbesondere die Honigproduktion konnte durch Produktivitäts- und Qualitätssteigerungen gestärkt werden. Es wird daher empfohlen, die bestehenden Maßnahmen fortzusetzen, jedoch auf EU-Ebene deutlichere Ziele im Sinne einer ganzheitlichen Politik im Bienenzuchtsektor zu formulieren. Auch sollten größere Synergien bei den Forschungsprojekten in diesem Bereich angestrebt sowie Vermarktungsmaßnahmen zur Förderung des Absatzes von lokal erzeugtem Honig in bestimmten Mitgliedstaaten



ausgebaut werden. Außerdem werden eine bessere Registrierung von Bienenvölkern in der EU und eine verstärkte Zusammenarbeit von Imkern empfohlen.

Gesamtbericht (in Englisch):

http://ec.europa.eu/agriculture/evaluation/market-and-income-reports/2013/apiculture/fulltext_en.pdf

Pressemitteilung der Kommission:

http://ec.europa.eu/agriculture/newsroom/142_en.htm

Weitere Informationen zum Bericht:

http://ec.europa.eu/agriculture/evaluation/market-and-income-reports/apiculture-2013_en.htm

Weitere Informationen zur Unterstützung des Bienenzuchtsektors:

http://ec.europa.eu/agriculture/honey/programmes/index_en.htm

KOMMISSION STARTET INFORMATIONSKAMPAGNE ZUR BEDEUTUNG DER LANDWIRTSCHAFT IM TÄGLICHEN LEBEN

Die Kommission hat am 14.10.2013 eine Informationskampagne gestartet, mit der die Bedeutung der Landwirtschaft für das tägliche Leben sowie die Rolle der GAP bei deren Förderung verdeutlicht werden sollen. Unter dem Motto „Starke Wurzeln für unsere Zukunft – Europas Gemeinsame Agrarpolitik“ soll die Kampagne 2013 - 2014 in allen Mitgliedstaaten verbreitet werden. Agrarkommissar *Cioloş* sieht in der Kampagne die Möglichkeit, die gesamtgesellschaftlichen Leistungen der Landwirte, wie die Produktion von Lebensmitteln und anderen Rohstoffen oder die Erhaltung der Kulturlandschaft, mehr in den Mittelpunkt zu rücken. Die Kommission wolle zeigen, dass die GAP auch in Zukunft eine wichtige Rolle spielen werde, nicht nur bei der Erzeugung von Lebensmitteln, sondern auch beim Schutz der natürlichen Ressourcen sowie der Wahrung vitaler ländlicher Räume und dass es Sinn mache, die Landwirte für diesen breiteren gesellschaftlichen Nutzen zu entlohnen.

Link zur Homepage „Starke Wurzeln für unsere Zukunft“:

http://ec.europa.eu/agriculture/cap-for-our-roots/index_de.htm

EUROSTAT VERÖFFENTLICHT ERGEBNISSE EINER STICHPROBENERHEBUNG ZU BODENNUTZUNG/BODENBEDECKUNG 2012

Am 25.10.2013 veröffentlichte EUROSTAT in einer Pressemitteilung die Ergebnisse der Stichprobenerhebung zu Bodennutzung/Bodenbedeckung in der EU 2012. Dazu wurde im Rahmen von LUCAS (Land Use/Cover Area frame Survey) die Bodenbedeckung an 270.000 Punkten in 27 EU-Mitgliedstaaten geprüft. Waldflächen nehmen danach mit 40 % die größte Fläche in der EU ein, Ackerflächen machen ein Viertel und Grünland ein Fünftel der Gesamtfläche der EU aus. In Deutschland bedecken Wälder und Ackerflächen je 33 % der Landesfläche. Grünland macht einen Anteil von 23 % aus, Gewässer 2 %, künstlich angelegte Flächen 8 % und Heideflächen 1 %.

Pressemitteilung:

http://europa.eu/rapid/press-release_STAT-13-154_de.htm



KOMMISSION VERÖFFENTLICHT AGRARÖKONOMISCHE INFORMATION DER EU

Am 24.10.2013 hat die Kommission die Agrarökonomische Information Nr. 9/2013 veröffentlicht. Demnach ist die Anzahl landwirtschaftlicher Betriebe in den EU-27 zwischen 2005 und 2010 um ca. 2,5 Mio. auf 12 Mio. mit dann 25 Mio. Beschäftigten zurückgegangen, die landwirtschaftliche Nutzfläche ist jedoch bei 172 Mio. ha stabil geblieben. Die Betriebsgröße gemessen in landwirtschaftlicher Fläche ist im selben Zeitraum jährlich um 3,8 % angestiegen ebenso wie die landwirtschaftliche Produktion (standard output) der Betriebe (+5,2 % pro Jahr). Trotzdem sei die Mehrzahl der Betriebe in der EU sowohl flächenmäßig als auch wirtschaftlich weiterhin klein. Die familienbetriebene Landwirtschaft stelle nach wie vor die häufigste Organisationsform in der EU-Landwirtschaft dar. Insbesondere in neuen Mitgliedstaaten (EU-12) zeigten sich jedoch deutliche Strukturveränderungen mit einer jährlichen Steigerung der betrieblichen landwirtschaftlichen Produktion von teilweise über 10 %.

Weitere Informationen im „Agricultural Economics Brief“ (nur in Englisch):

http://ec.europa.eu/agriculture/rural-area-economics/briefs/pdf/09_en.pdf

STAATSMINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALES, FAMILIE UND INTEGRATION

ARBEITSPROGRAMM DER KOMMISSION FÜR 2014 – WICHTIGE VORHABEN FÜR DEN GESCHÄFTSBEREICH DES STMAS

Hauptziel der Kommission bleibt auch nach dem neuen Arbeitsprogramm die Förderung von Wachstum und Arbeitsplätzen. Besonders geht es der Kommission u.a. um die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Das neue Arbeitsprogramm konzentriert sich auf die Verabschiedung und Umsetzung bereits vorgeschlagener Legislativakte, da 2014 das letzte Jahr der laufenden Legislaturperiode ist. Die verbleibende Zeit soll auch für weitere Sondierungstätigkeiten genutzt werden, um Entscheidungen der nächsten Kommission vorzubereiten. Ausdrücklich genannt werden in diesem Zusammenhang die weiteren Schritte auf dem Weg zu einer vertieften und echten Wirtschafts- und Währungsunion.

SCHLUSSFOLGERUNGEN DES EUROPÄISCHEN RATES ZU JUGENDARBEITSLOSIGKEIT UND SOZIALER DIMENSION

Der ER hat sich in seinen Schlussfolgerungen vom 24./25. Oktober 2013 erneut zu den beiden Themen Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in der EU und Stärkung der sozialen Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion geäußert. Entscheidungen zur sozialen Dimension sollen jedoch erst im Dezember getroffen werden.

Schlussfolgerungen:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/139223.pdf



EP-PLENUM VOM 21.-24.10.2013 IN STRASSBURG: ERGEBNISSE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMAS

In seiner EntschlieÙung zur Kommissionsmitteilung „Neue Denkansätzen für die Bildung“ vom 22.10.2013 setzt sich das EP erneut für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in der EU ein. Insbesondere spricht es sich für eine Verbesserung der beruflichen Bildung und eine bessere Verknüpfung des Bildungs- und Beschäftigungsbereichs aus. Neben einer ausdrücklichen BegrüÙung der Gründung der Europäischen Ausbildungsallianz fordert das EP die Mitgliedstaaten außerdem auf, die Jugendgarantie zügig umzusetzen. Daneben plädiert das EP für einen Mindestanteil des ESF an den Gesamtmitteln für die Kohäsionspolitik von 25 % und für Fortschritte des Rates bei der horizontalen Antidiskriminierungsrichtlinie (s. hierzu auch Beitrag des StMBKWK in diesem EB).

EntschlieÙung des EP zu „Neuen Denkansätzen für die Bildung“:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&language=EN&reference=P7-TA-2013-433>

EntschlieÙungsantrag zu sexueller und reproduktiver Gesundheit und die damit verbundenen Rechte:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=REPORT&mode=XML&reference=A7-2013-306&language=EN>

SOZIALE DIMENSION DER WWU ALS THEMA DES DREIGLIEDRIGEN SOZIALGIPFELS

Die Gespräche im Rahmen des Dreigliedrigen Sozialgipfels zwischen Kommissionspräsident *José Manuel Barroso*, dem Präsidenten des Europäischen Rates, *Herman Van Rompuy*, der litauischen Präsidentin *Dalia Grybauskaitė* und den Sozialpartnern (ETUC, BUSINESSEUROPE, CEEP und UEAPME) am 24.10.2013 konzentrierten sich auf die Kommissionsmitteilung vom 02.10.2013 zur Stärkung der sozialen Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion. Die Sozialpartner übergaben eine gemeinsame Erklärung zu ihrer Beteiligung bei der europäischen wirtschaftspolitischen Steuerung mit zehn Empfehlungen.

Pressemitteilung der Kommission:

http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-930_en.htm

Gemeinsame Erklärung der Sozialpartner:

http://www.etuc.org/IMG/pdf/Joint_Declaration_-_European_Economic_Governance.pdf

<http://ceep.eu/images/stories/pdf/publications/letterinvestvanrompuy.pdf>

TRILOGEINIGUNG ÜBER SAISONARBEITNEHMERRICHTLINIE

Nach über dreijährigen Verhandlungen haben sich Rat und EP am 29.10.2013 im Trilog über die Richtlinie über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zwecks Ausübung einer saisonalen Beschäftigung geeinigt. Die Richtlinie legt die Bedingungen für die Einreise und den Verbleib von Drittstaatsangehörigen zum Zwecke einer Beschäftigung als Saisonarbeitnehmer sowie die Rechte von Saisonarbeitnehmern fest. Die Mitgliedstaaten müssen demnach u. a. von den Arbeitgebern den Nachweis fordern, dass die Saisonarbeitnehmer eine Unterkunft haben, die einen angemessenen Lebensstandard gemäß der nationalen Gesetzgebung oder den nationalen Gepflogenheiten gewährleistet. Insbesondere



genießen Saisonarbeitnehmer, die typischerweise in der Landwirtschaft und im Tourismus eingesetzt werden, nach der Richtlinie ein Recht auf Gleichbehandlung mit Staatsangehörigen des Aufnahmemitgliedstaats in Bezug auf Arbeitsbedingungen wie z. B. Bezahlung, Kündigung, Arbeitszeit und Urlaub sowie auf Gesundheits- und Sicherheitsanforderungen am Arbeitsplatz. Diese Einigung muss in den nächsten Wochen noch durch Rat und EP förmlich bestätigt werden.

Pressemitteilung der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release MEMO-13-941_en.htm?locale=en](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-941_en.htm?locale=en)

TRILOGEINIGUNG ZUR KÜNFTIGEN KOHÄSIONSPOLITIK – AUF BOTSCHAFTEREBENE VOM RAT GEBILLIGT

Rat und EP haben am 24.10.2013 einen Kompromiss zu den Verordnungen über die künftigen Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESIF) 2014 - 2020 erzielt, den der Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV) am 29.10.2013 bereits politisch gebilligt hat. Offen waren am Ende der Verhandlungen vier große Knackpunkte im Rahmen der fondsübergreifenden Allgemeinen Verordnung: die makroökonomischen Konditionalitäten, die Leistungsreserve, die Vorschusszahlungen und die Kofinanzierungsraten der Mitgliedstaaten. Der gefundene Kompromiss bildet nun ein Gesamtpaket. Zwar konnte sich das EP mit seiner Forderung nach einem Mitentscheidungsrecht bei der Sanktionierung von Verstößen gegen makroökonomische Auflagen nicht durchsetzen. Dafür erreichte es einige „safeguards“ für die Mitgliedstaaten bei Zahlungs- und Verpflichtungsaussetzungen. Das Kompromisspaket, wie auch alle anderen bisherigen Teilkompromisse, müssen nun vom federführenden Ausschuss für Regionale Entwicklung im EP (REGI), vom EP-Plenum und anschließend vom Rat auch offiziell angenommen werden (s. hierzu auch Bericht des StMWMET in diesem EB).

Pressemitteilung des Rates (nur in englischer Sprache):

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/genaff/139271.pdf

STAATSMINISTERIUM FÜR BILDUNG UND KULTUS, WISSENSCHAFT UND KUNST

ARBEITSPROGRAMM DER KOMMISSION FÜR 2014 – WICHTIGE VORHABEN AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMBKWK

Die Kommission hat am 22.10.2013 ihr Jahresarbeitsprogramm für 2014 vorgelegt. Da die Gesetzgebungsarbeit wegen der Europawahl und der Neuberufung der Kommission ab Anfang April 2014 ruhen wird, wird sich die Kommission auf laufende Arbeiten, auf die Umsetzung von bereits angenommenen Rechtsakten und den Abschluss von Initiativen, die sich im Vorbereitungs- oder Gesetzgebungsprozess befinden, konzentrieren. Neue Legislativvorschläge sind demgegenüber nicht mehr geplant (Überblick über das Arbeitsprogramm 2014 in diesem EB, Geschäftsbereich „Politische Schwerpunkte und Europäisches



Parlament“). Der Fokus liegt im Geschäftsbereich des StMBKWK auf der Implementierung der Förderprogramme „Horizont 2020“, „Erasmus+“ und „Kreatives Europa“. Im Übrigen nehmen Bildung, Wissenschaft und Kultur eher eine Zuliefererrolle im Hinblick auf die wachstums- und beschäftigungspolitischen Ziele der Kommission ein, u. a. im Bereich der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit durch Bildung oder bei der Stärkung der Wirtschaft durch die Steigerung der Innovationskraft. Weiter vertieft werden soll der Steuerungsmechanismus des Europäischen Semesters, in das die Bildungs- und Forschungspolitik zunehmend einbezogen werden.

Arbeitsprogramm der Kommission für 2014:

http://ec.europa.eu/atwork/key-documents/index_de.htm

EUROPÄISCHER RAT AM 24./25.10.2013: ERGEBNISSE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMBKWK

Beim ER am 24./25.10.2013 setzten die Staats- und Regierungschefs im Kontext wirtschaftspolitischer Überlegungen einen Schwerpunkt u.a. auf die Stärkung der Innovationsfähigkeit der EU. Die Schlussfolgerungen enthalten daher eine Reihe von Selbstverpflichtungen der Mitgliedstaaten in der Bildungs- und Wissenschaftspolitik. So fordert der ER zum einen eine Verbesserung der digitalen Kompetenzen durch schulische und außerschulische Ausbildung. Zum anderen spricht sich der ER erneut für eine stärkere Europäisierung in der Wissenschafts- und Forschungspolitik aus, insbesondere durch die Verwirklichung des Europäischen Forschungsraums (EFR) bis Ende 2014. Zur Vorbereitung der geplanten engeren wirtschaftspolitischen Koordinierung schließlich kündigt der ER eine gemeinsame Analyse an, die sich auf die Bewertung von Maßnahmen der Mitgliedstaaten, u.a. in den Bereichen sind Bildung, Forschung und Innovation, beziehen soll.

Schlussfolgerungen des ER vom 24./25.10.2013:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/139223.pdf

KOMMISSION WEIST ANLÄSSLICH DER VERÖFFENTLICHUNG DES ANZEIGERS FÜR DIE ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG 2013 AUF DEFIZITE IN DEN BILDUNGSSYSTEMEN DER MITGLIEDSTAATEN HIN

Am 29.10.2013 hat die Kommission ihren Anzeiger für die allgemeine und berufliche Bildung 2013 (*Education and Training Monitor 2013*) über ihre Webseite zugänglich gemacht. Der seit 2012 jährlich erscheinende Bericht informiert über aktuelle Entwicklungen in der Union und in den einzelnen Mitgliedstaaten in Bezug auf die bildungsbezogenen Kernziele der Europa 2020-Strategie sowie die europäischen Durchschnittsbezugswerte (Benchmarks) und weitere Indikatoren, die die Mitgliedstaaten im Kontext des neuen strategischen Rahmens für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung bis ins Jahr 2020 festgelegt haben. Aus Sicht der Kommission unterstützt der Anzeiger Entscheidungsträger in den Mitgliedstaaten in ihren bildungspolitischen Reformbemühungen, indem er über die aktuelle Bildungsperformanz der einzelnen Mitgliedstaaten im EU- und zwischenstaatlichen Vergleich



informiert, Entwicklungen bewertet und mit Blick auf die länderspezifischen Empfehlungen 2013 auf bestehende Herausforderungen hinweist. Deutschland ist seinem nationalen Europa 2020-Kernziel in Bezug auf die Reduktion der Zahl der frühen Schulabgänger auf unter 10 % bereits sehr nahe gekommen (Wert für 2012: 10,5 %) und hat die angestrebte Erhöhung des Anteils der 30 - 34-Jährigen mit einem Hochschul- oder gleichwertigen Abschluss auf 42 % bereits erreicht. Gleichwohl muss Deutschland nach Ansicht der Kommission die Bildungsbeteiligung in allen Bereichen erhöhen, um angesichts der demografischen Entwicklung dem Arbeitsmarkt auch künftig eine ausreichende Zahl gut ausgebildeter Fachkräfte zur Verfügung stellen zu können. Unter Verweis auf den besonders starken Zusammenhang zwischen Bildungserfolg und sozio-ökonomischem Hintergrund in Deutschland betont die Kommission zudem die Notwendigkeit einer gerechteren Zugänglichkeit von Bildungsangeboten z. B. für Migranten.

Link zum Anzeiger für die allgemeine und berufliche Bildung 2013:

http://ec.europa.eu/education/lifelong-learning-policy/progress_en.htm

ERGEBNISSE DER KONSULTATION ZUM OFFENEN ZUGANG ZU FORSCHUNGSDATEN

Die Kommission hat Ende Oktober die Ergebnisse einer eintägigen öffentlichen Konsultationsveranstaltung zum freien Zugang zu Forschungsdaten (Open Research Data) vorgelegt, an der Vertreter von Hochschulen, Forschungsorganisationen, Forschungsförderung, Industrie sowie Verlagen, Bibliotheken und Bereitstellern elektronischer Infrastruktur beteiligt waren. Ziele waren die Erörterung einer Definition des Begriffs Forschungsdaten, die Begrenzung von Datenzugang und Weiterverwendung der Daten sowie deren Speicherung und Management. Die Konsultation steht im Zusammenhang mit der Mitteilung der Kommission „Verbesserung des Zugangs zu wissenschaftlichen Informationen: Steigerung der Wirkung öffentlicher Investitionen in die Forschung“ vom 17.07.2012 (EB 14/12). Im Allgemeinen zeigten sich Forscher, Forschungsförderer sowie Verleger den Plänen der Kommission gegenüber sehr positiv eingestellt. Demgegenüber meldeten Industrievertreter Bedenken hinsichtlich möglicher kommerzieller Verluste durch eine erzwungene Offenlegung sämtlicher Forschungsdaten an.

Teilnehmerliste und Zusammenfassung der Konsultation zu „Open Access“ (auf Englisch):

<http://ec.europa.eu/digital-agenda/node/67533>

EP UNTERSTÜTZT KOMMISSIONSINITIATIVE „NEUE DENKANSÄTZE FÜR DIE BILDUNG“

In seiner rechtsunverbindlichen Entschließung vom 22.10.2013 zur Kommissionsinitiative „Neue Denksätze für die Bildung“ (EB 22/12) begrüßt das EP die gleichnamige Mitteilung der Kommission vom November 2012, insbesondere deren Ausrichtung auf die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit durch Investitionen in Qualifikationen, die Behebung des Mangels an gut ausgebildeten Lehrkräften und Ausbildern, die Förderung einer erstklassigen Berufsausbildung und flexibler Lernwege sowie die Modernisierung der Hochschulbildung. In dem breit angelegten Text reagiert das EP in umfassender Weise auf die ebenfalls sehr umfassende Mitteilung, indem es sich ausführlich mit den genannten Einzelthemen sowie v.a. auch mit der Situation Jugendlicher in Europa auseinandersetzt. Ausdrücklich verweisen die Abgeordneten dabei auf die



umfassende Rolle der Bildung, die nicht nur Mittel zur Erfüllung wirtschaftlicher Ziele europäischer und nationaler Strategien sei; vielmehr bestehe das primäre Ziel von Bildung in der Vorbereitung auf die Rolle als aktiver Bürger in zunehmend komplexen Gesellschaften. Die Mitgliedstaaten werden mit Nachdruck aufgefordert, auf die länderspezifischen Empfehlungen im Rahmen des Europäischen Semesters sowie auf andere bildungsbezogene Empfehlungen der Kommission zu reagieren und unter Einbeziehung der relevanten Akteure regelmäßig zu überwachen und zu bewerten, ob es ihnen mit ihren Bildungssystemen gelingt, einen gleichberechtigten Zugang zu hochwertigen Bildungsangeboten auf allen Ebenen zu erhalten, und ob die in Bildungsangeboten vermittelten Fertigkeiten die Beschäftigungsfähigkeit und die gesellschaftliche Integration erhöht. Abschließend fordern die Abgeordneten die Kommission auf, zu überwachen, ob die Mitgliedstaaten die notwendigen Schritte unternommen haben, um ihre Bildungssysteme in diesem Sinne zu reformieren.

Text der Entschließung:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc>.

STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ

ARBEITSPROGRAMM DER KOMMISSION FÜR 2014 – WICHTIGE VORHABEN FÜR DEN GESCHÄFTSBEREICH DES STMUV

Als neue Initiativen im Umweltbereich werden zwei Legislativvorhaben mit starkem Energiebezug genannt: der Rahmenplan 2030 für Klima- und Energiepolitik sowie ein Strukturrahmen für die zuverlässige und sichere Gewinnung von unkonventionellen Kohlenwasserstoffen (z.B. Fracking). Darüber hinaus wird ein Vorhaben zur Abfallpolitik und Ressourceneffizienz aufgeführt.

TRINKWASSERSCHUTZ - RAT BESTIMMT AM 22.10.2013 IN STRASSBURG NEUE PARAMETERWERTE UND ÜBERWACHUNGSPROGRAMME FÜR RADIOAKTIVE STOFFE

Der Rat für Allgemeine Angelegenheiten hat am 22.10.2013 ohne weitere Aussprache eine neue Euratom-Richtlinie zur Festlegung von Anforderungen an den Schutz der Gesundheit der Bevölkerung hinsichtlich radioaktiver Stoffe in Wasser für den menschlichen Gebrauch angenommen. Die Richtlinie bestimmt Parameterwerte sowie Häufigkeit und Methoden für die Überwachung wasserrelevanter, radioaktiver Stoffe wie z. B. Radon und Tritium. Die Richtlinie gilt für Wasser für den menschlichen Gebrauch. Natürliche Mineralwässer und Wässer, die Arzneimittel sind, sind damit aus dem Anwendungsbereich ausgenommen, da für sie in der Richtlinie 2009/54/EG und in der Richtlinie 2001/83/EG besondere Regelungen festgelegt wurden.

Richtlinie des Rates:

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/13/st07/st07445-re03.de13.pdf>



EP-PLENUM VOM 21. - 24.10.2013 IN STRASSBURG - ERGEBNISSE AUS DEM BEREICH DES STMUV

In der zweiten Plenarwoche im Oktober vom 21. - 24.10.2013 in Straßburg hat das Plenum des EP u. a. Entschlüsse zu Sicherheitsnormen für den Schutz vor ionisierender Strahlung, zum siebten Umweltaktionsprogramm, zur Vorbereitung der VN-Klimakonferenz in Warschau und zu Medizinprodukten angenommen.

Entschlüsselung zur Festlegung grundlegender Sicherheitsnormen:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2013-0452+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

7. UAP:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2013-0451+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Entschlüsselung zur Festlegung einer gemeinsamen Position:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2013-0443+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

EUROSTAT VERÖFFENTLICHT ERGEBNISSE EINER STICHPROBENERHEBUNG ZU BODENNUTZUNG/BODENBEDECKUNG 2012

Am 25.10.2013 veröffentlichte EUROSTAT in einer Pressemitteilung die Ergebnisse der Stichprobenerhebung zu Bodennutzung/Bodenbedeckung in der EU in 2012. Dazu wurde im Rahmen von LUCAS (Land Use/Cover Area frame Survey) die Bodenbedeckung an 270.000 Punkten in 27 EU-Mitgliedstaaten geprüft. Waldflächen nehmen danach mit 40 % die größte Fläche in der EU ein, Ackerflächen machen ein Viertel und Grünland ein Fünftel der Gesamtfläche der EU aus. In Deutschland bedecken Wälder und Ackerflächen je 33 % der Landesfläche. Grünland macht einen Anteil von 23 % aus, Gewässer 2 %, künstlich angelegte Flächen 8 % und Heideflächen 1 % (s. Bericht des StMELF in diesem EB).

Pressemitteilung:

http://europa.eu/rapid/press-release_STAT-13-154_de.htm

KOMMISSION VERÖFFENTLICHT EXTERNE EVALUIERUNG ZUR EFFEKTIVITÄT DER MASSNAHMEN IM IMKEREISEKTOR

Am 14.10.2013 veröffentlichte die Kommission einen 2012 von ihr in Auftrag gegebenen externen Evaluierungsbericht über die Effektivität der EU-Maßnahmen im Imkereisektor. Dieser wurde bereits in den im September vorgelegten Bericht zur Durchführung der Maßnahmen im Bienenzuchtsektor (EB 15/13) einbezogen. Er kommt zu dem Ergebnis, dass die sechs Maßnahmen im Imkereisektor (Technische Hilfe, Bekämpfung der Varroatose, Rationalisierung der Wanderimkerei, Unterstützung bei der Durchführung von Honiganalysen, Wiederauffüllung der Bienenbestände und Projekte der angewandten Forschung) insgesamt erfolgreich waren. Insbesondere die Honigproduktion konnte durch Produktivitäts- und Qualitätssteigerungen gestärkt werden. Es wird daher empfohlen, die bestehenden Maßnahmen fortzusetzen, jedoch auf EU-Ebene



deutlichere Ziele im Sinne einer ganzheitlichen Politik im Bienenzuchtsektor zu formulieren. Auch sollten größere Synergien bei den Forschungsprojekten in diesem Bereich angestrebt sowie Vermarktungsmaßnahmen zur Förderung des Absatzes von lokal erzeugtem Honig in bestimmten Mitgliedstaaten ausgebaut werden. Außerdem werden eine bessere Registrierung von Bienenvölkern in der EU und eine verstärkte Zusammenarbeit von Imkern empfohlen (s. hierzu den Bericht des StMELF in diesem EB).

Gesamtbericht (in Englisch):

http://ec.europa.eu/agriculture/evaluation/market-and-income-reports/2013/apiculture/fulltext_en.pdf

STAATSMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE

ARBEITSPROGRAMM DER KOMMISSION FÜR 2014 - WICHTIGE VORHABEN FÜR DEN GESCHÄFTSBEREICH DES STMGP

Die Kommission hat am 22.10.2013 ihr Arbeitsprogramm für 2014 angenommen (s. hierzu auch ausführlichen Beitrag des Geschäftsbereichs "Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament" in diesem EB). Das Arbeitsprogramm ist das letzte Programm vor der Europawahl 2014 und konzentriert sich daher auf eine Darstellung der aktuellen Lage der EU. Es stellt die Umsetzung von angenommenen Rechtsakten und die Verhandlungen über im Gesetzgebungsprozess befindliche Initiativen in den Mittelpunkt. Des Weiteren werden, wie bereits in der REFIT-Mitteilung („Regulatory Fitness and Performance Programme – REFIT“) vom 02.10.2013 (EB 16/13) erwähnt, Maßnahmen zur Reduzierung und Vereinfachung von EU-Rechtsvorschriften angekündigt. Für den Gesundheitsbereich hat die Kommission angekündigt, den am 10.02.2012 vorgelegten Vorschlag zur Schaffung eines Gemeinschaftskodexes für Humanarzneimittel in Bezug auf die Information der breiten Öffentlichkeit über verschreibungspflichtige Arzneimittel zurückzuziehen.

TRINKWASSERSCHUTZ - RATSTAGUNG AM 22.10.2013 IN STRASSBURG BESTIMMT NEUE PARAMETERWERTE UND ÜBERWACHUNGSPROGRAMME FÜR RADIOAKTIVE STOFFE

Der Rat für Allgemeine Angelegenheiten hat am 22.10.2013 ohne weitere Aussprache eine neue Euratom-Richtlinie zur Festlegung von Anforderungen an den Schutz der Gesundheit der Bevölkerung hinsichtlich radioaktiver Stoffe in Wasser für den menschlichen Gebrauch angenommen. Die Richtlinie bestimmt Parameterwerte sowie Häufigkeit und Methoden für die Überwachung wasserrelevanter radioaktiver Stoffe wie z. B. Radon und Tritium. Die Richtlinie gilt für Wasser für den menschlichen Gebrauch. Natürliche Mineralwässer und Wässer, die Arzneimittel sind, sind damit aus dem Anwendungsbereich dieser Richtlinie ausgenommen, da für sie in der Richtlinie 2009/54/EG und in der Richtlinie 2001/83/EG besondere Regelungen festgelegt wurden (s. hierzu den Beitrag des StMUV in diesem EB).



Richtlinie des Rates:

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/13/st07/st07445-re03.de13.pdf>

EP-PLENUM

EP-PLENUM VOM 21. - 24.10.2013 IN STRASSBURG - ERGEBNISSE AUS DEM BEREICH DES STMGP

Auf der Tagung vom 21. - 24.10.2013 in Straßburg hat das Plenum des Europäischen Parlaments u. a. den Vorschlag über eine Verordnung über Medizinprodukte, den Vorschlag über eine Verordnung über In-Vitro-Diagnostika sowie einen Initiativbericht zur Lage der Patientensicherheit in der EU angenommen.

Angenommener Text des EP zum VO-Vorschlag über In-Vitro-Diagnostika:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2013-0427+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Angenommener Text des EP zum VO-Vorschlag über Medizinprodukte:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2013-0428+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Nichtlegislative Entschließung des EP zur Patientensicherheit:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2013-0435+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

IUK- UND MEDIENPOLITIK

ARBEITSPROGRAMM DER KOMMISSION FÜR 2014 – WICHTIGE VORHABEN FÜR DEN BEREICH IUK- UND MEDIENPOLITIK

Zur Erreichung der Vollendung des Binnenmarktes und der Digitalen Agenda setzt die Kommission die folgenden Schwerpunkte:

Gesetzesvorschläge die in Rat und EP noch vor der Europawahl angenommen werden sollten: Verordnungsvorschlag vom September 2013 zur Errichtung eines einheitlichen europäischen Marktes für Telekommunikation, Legislativvorschlag vom März 2013 zur Kostensenkung beim Ausbau von Hochgeschwindigkeitsbreitbandnetzen, Legislativvorschlag zur Gewährleistung von Netz- und Informationssicherheit, Verordnungsvorschlag über elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt (eiDAS) vom Juni 2012 und Datenschutzpaket vom Januar 2013 Als geplante neue Kommissionsinitiativen werden angeführt: Legislativ- bzw. nicht-legislativer Vorschlag zur Anpassung des Urheberrechts an das digitale Zeitalter und Überprüfung der Mehrwertsteuerlichen Sonderbehandlung der öffentlichen Hand einschließlich des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.



EUROPÄISCHER RAT BESCHLIESST SCHLUSSFOLGERUNGEN ZUR DIGITALEN AGENDA

Am 24.10.2013 hat der ER Schlussfolgerungen zur digitalen Agenda angenommen, in denen die entscheidende Bedeutung einer starken digitalen Wirtschaft für das Wachstum und die Wettbewerbsfähigkeit der EU hervorgehoben wird. Europa benötige daher Investitionen in die digitale Wirtschaft und einen geeigneten Regelungsrahmen. Gefördert werden sollen insbesondere Investitionen zum Ausbau der Breitbandinfrastruktur und die Bereitstellung neuer Technologien wie 4G. Ein weiteres wichtiges Ziel sei die Schaffung der richtigen Rahmenbedingungen für „Big Data“ und „Cloud-Computing“. Der ER fordert die Einrichtung eines Netzwerks nationaler digitaler Koordinatoren, damit die Entwicklung der Bereiche „Cloud“, „Big Data“ und „Open Data“ strategisch angegangen wird. Der digitale Binnenmarkt müsse bis 2015 verwirklicht sein. Die derzeitige Fragmentierung des Marktes behindere die vollständige Entfaltung der Potenziale der digitalen Wirtschaft.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/139223.pdf

EUROPÄISCHE REGULIERUNGSBEHÖRDEN KRITISIEREN KROES' „TELEKOM-PAKET“

Mit Blick auf das Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs zum Thema digitalen Agenda und Vollendung des digitalen Binnenmarkts am 24./25.10.2013 legte das Gremium Europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation (BEREC) eine kritische Analyse des von der Kommission unter Federführung von Kommissionsvizepräsidentin Kroes vorgeschlagenen Telekompakets vor (EB 15/13).

Weitere Informationen:

<http://berec.europa.eu/>

<https://netzpolitik.org/2013/eu-regulierer-berec-kritisiert-eu-plaene-gegen-netzneutralitaet/>

KOMMISSION SETZT HOCHRANGIGE EXPERTENGRUPPE ZUR BESTEUERUNG DER DIGITALEN WIRTSCHAFT EIN

Die Kommission hat am 22.10.2013 die Einsetzung einer hochrangigen Expertengruppe zum Thema „Besteuerung der digitalen Wirtschaft“ beschlossen. Die Gruppe soll feststellen, welche Probleme für die Besteuerung der digitalen Wirtschaft im EU-Kontext bestehen und Lösungsvorschläge unterbreiten. Zum einen geht es um die Beseitigung von Steuerhindernissen für Investitionen und Wachstum im digitalen Sektor, zum anderen um Maßnahmen gegen Steuervermeidung und aggressive Steuerplanung. Besonders Frankreich drängt darauf, dass US-Internetkonzerne wie Google ihre auf dem EU-Markt erwirtschafteten Gewinne auch in der EU versteuern. Notwendig sei daher ein umfassendes Konzept zur Besteuerung der digitalen Wirtschaft. Auf dieser Grundlage wird die Kommission dann weitere Schritte prüfen und ggf. Initiativen ergreifen. Die Expertengruppe soll ihre Arbeit noch vor Jahresende aufnehmen und der Kommission in der ersten Hälfte des Jahres Bericht erstatten.

Kommissionsbeschluss zur Einsetzung der Expertengruppe:

http://ec.europa.eu/taxation_customs/resources/documents/taxation/tax_fraud_evasion/com_2013_7082_de.pdf



LIBE-AUSSCHUSS NIMMT BERICHTE ZUR EU-DATENSCHUTZREFORM AN

Der Ausschuss für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres des EP (LIBE) hat in seiner Sitzung vom 21.10.2013 einen Bericht von *Jan Philipp Albrecht* (Grüne/DEU) zum Vorschlag der Kommission für eine Datenschutz-Grundverordnung sowie einen Bericht von *Dimitrios Droutsas* (S&D/GRC) zum Vorschlag der Kommission für eine Richtlinie zum Datenschutz im Bereich Polizei und Justiz angenommen. Gleichzeitig wurde den Berichterstattern das Mandat für Trilogverhandlungen erteilt. Der Termin zur Abstimmung war zuvor mehrmals verschoben worden, nachdem über 4.000 Änderungsanträge alleine für die Datenschutz-Grundverordnung gestellt worden waren. Das Ergebnis der Abstimmung wurde von allen Fraktionen des EP sehr begrüßt. Auch Justizkommissarin *Reding* zeigte sich erfreut über das Abstimmungsergebnis (s. hierzu Beitrag des StMIBV in diesem EB).

WELTWEITER ANSTIEG VON MULTIPLEX-KINOS

Laut einem Artikel der französischen Zeitung „Les Échos“ sei die Anzahl von Multiplex-Kinos im Jahr 2012 auf 130.000 Leinwände angestiegen, was eine Steigerung um 5 % im Vergleich zu 2011 darstellen würde. Ein Multiplex-Kino ist ein Großraumkino mit mehreren Sälen, in denen parallel vielfältige Filmprogramme gezeigt werden können. Im Vergleich zu den USA mit 40.000 gäbe es in Europa inzwischen 29.500 multiplexe Kinoleinwände. Das sei ein großer Erfolg für die weltweite „Digitalisierung der Kinos“, die seit 2010 auch in Europa stattfindet, finanziert von MEDIA 2007. Allerdings wird die Förderung mangels Budget nicht vom Nachfolgeprogramm „Kreatives Europa“ weitergeführt (EB 17/10; 02/12). Gleichwohl habe dieses Wachstum nicht zu einer größeren Filmvielfalt geführt und der Marktanteil an US-Produktionen in diesen Multiplex Kinos übersteige bei weitem den in der EU produzierten Filme.

Weitere Informationen zur EU-Finanzierung:

http://eacea.ec.europa.eu/media/index_en.php

BARROSO UND VAN ROMPUY FORDERN VON EP UND RAT ZUSTIMMUNG ZUM TELEKOM-PAKET UND MEHR EINSATZ FÜR EINEN DIGITALEN BINNENMARKT

Im Vorfeld des Europäischen Rats am 24./25.10.2013 setzte sich Kommissionspräsident *Barroso* für die Stärkung des digitalen Binnenmarkts ein und forderte deshalb zur Unterstützung des im September vorgelegten Verordnungsvorschlages zur Errichtung eines einheitlichen europäischen Marktes für Telekommunikation auf. Auch ER-Präsident *Van Rompuy* plädierte in seinem Einladungsbrief zum Gipfel der Staats- und Regierungschefs für mehr Einsatzbereitschaft im digitalen Sektor. Er erklärte, dass ein digitaler Binnenmarkt erheblich zum Wachstum und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze in den EU-Ländern beitragen würde, um Europa wieder die Führungsposition in diesem Sektor zu verschaffen. Der Ratspräsident rief die Staats- und Regierungschefs insbesondere zur Unterstützung der drei Kernforderungen (Anreize für neue Investitionen, Entwicklung neuer verbraucher- und unternehmerfreundlicher Märkte und Verbesserung der digitalen Kompetenzen) auf.



Link zum Memo

http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-930_en.htm?locale=en

Link zu Präsident *Barrosos* Statement:

http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-13-851_en.htm?locale=en

Reden von Präsident *Barroso* vom 24. und 25.10.2013:

http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-13-856_en.htm?locale=en

http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-13-852_en.htm?locale=en